Bevölkerungsforschung *Aktuell*

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 2 • 2016
37. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2015 ist den Angaben der UN zufolge die weltweite Zahl der Migranten auf 244 Millionen angestiegen – 15 Jahre zuvor waren es noch 177 Millionen. Damit ist die Zahl der Menschen, die befristet oder dauerhaft außerhalb ihrer Herkunftsländer leben, schneller gewachsen als die gesamte Weltbevölkerung in diesem Zeitraum.

Die aktuell andauernden globalen politischen und ökonomischen Krisenherde lassen erwarten, dass sich auch in Zukunft immer mehr Menschen aus ihren Herkunftsregionen aufmachen, um aus den unterschiedlichsten Motiven Zuflucht in anderen (sichereren) Gebieten zu suchen. Dabei ist seit geraumer Zeit neben anderen europäischen Ländern vor allem Deutschland als Zielland in den Fokus der Wanderungsbewegungen gerückt und hat hier zu Debatten über die Aufnahmefähigkeit des Landes sowie die sozio-demografischen und -ökonomischen Merkmale der Zuwanderer aus Kriegs- und Krisenländern geführt.

Erschwert wird die Diskussion durch das Fehlen einer entsprechenden verfügbaren Datengrundlage, die es ermöglichen könnte, belastbare Aussagen über die Zugewanderten zu treffen. Vor diesem Hintergrund verwenden Lenore Sauer, Jürgen Dorbritz, Andreas Ette und Susanne Stedtfeld Daten des Mikrozensus 2014, um die sozio-demografische und -ökonomische Situation der Neuzuwanderer zu beleuchten.

Neben denen, die neu nach Deutschland hinzukommen, beschäftigt sich der zweite Beitrag mit Personen mit Migrationshintergrund, die bereits länger in Deutschland leben. Sabine Diabaté, Samira Beringer und Yannick Garcia Ritz suchen hier Antworten auf die Frage, ob es Unterschiede in der Wahrnehmung von Familienleitbildern zwischen unterschiedlichen ethnischen Bevölkerungsgruppen gibt.

Dr. Evelyn Grünheid,
Forschungsdirektorin im BiB

Neu in Deutschland – Soziodemografische Merkmale von Zuwanderern aus Kriegs- und Krisenländern

Welche sozio-demografischen und -ökonomischen Merkmale kennzeichnen die neu zugewanderten Personen der Staaten, aus denen in den vergangenen Jahren viele Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind? Wer sind diese Menschen? Diese Fragen stehen im Fokus des Beitrags, der sich auf der Basis von Daten des Mikrozensus 2014 den Variablen Alter und Geschlecht, Haushalte und Lebensformen, der Qualifikationsstruktur sowie der Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Neuzuwanderern unter anderem im Vergleich zu Deutschen widmet. Für die Analysen wurden Personen aus acht Staaten (Eritrea, Nigeria, Somalia, Afghanistan, Pakistan sowie Iran, Irak und Syrien) ausgewählt, die in den vergangenen Jahren bei den Asylerstanträgen zu den jeweils 10 stärksten Herkunftsländern zählten.

Die Auswertungen zu den Geschlechterverteilungen bestätigen im Unterschied zur deutschen Bevölkerung weitgehend einen höheren Anteil an Männern sowohl bei den Neuzuwanderern aus den Kriegs- und Krisenstaaten Asiens und Afrikas als auch bei den weiteren Neuzuwanderern. Erhebliche Unterschiede zeigen sich auch bei den Haushaltsstrukturen sowie den Lebensformen.

Insgesamt bestätigt sich zunächst das Bild der mehrheitlich jungen, allein nach Deutschland reisenden Männer. Dies ist allerdings nur eine Seite der Fluchtmigration. ➡ *Seite 2*

Ähnlicher als man denkt?! – Ein Vergleich der Familienleitbilder von Personen mit türkischem und ohne Migrationshintergrund in Deutschland

Menschen, die in derselben Gesellschaft leben oder einer sozialen Gruppe zugehörig sind, haben meist ähnliche Vorstellungen, was die Merkmale einer „normalen Familie“ betrifft. Diese als Familienleitbilder bezeichneten Orientierungen und Vorstellungen entstehen im Lebensverlauf und prägen die Idee davon, was Normalität ist und welches Ideal angestrebt werden sollte. Dabei stellt sich die Frage, ob und inwieweit sich die Familienleitbilder zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden. Auf der Grundlage der BiB-Studie zu Familienleitbildern in Deutschland vergleicht der Beitrag die Familienleitbilder von türkischen Personen und jenen ohne Migrationshintergrund. Dabei zeigen sich durchaus Unterschiede in Bezug auf die Familienleitbilder zwischen beiden Gruppen. Allerdings sind diese oftmals nicht so groß wie erwartet. ➡ *Seite 13*

Lenore Sauer; Jürgen Dorbritz; Andreas Ette; Susanne Stedtfeld (alle BiB)

Neu in Deutschland – Sozio-demografische Merkmale von Zuwanderern aus Kriegs- und Krisenländern

Deutschland ist weltweit eines der wichtigsten Einwanderungsländer: Im Jahr 2015 wurde der höchste jemals gemessene Wanderungsüberschuss von Ausländerinnen und Ausländern in der Geschichte der Bundesrepublik verzeichnet (Statistisches Bundesamt 2016). Diese Zahl setzt sich aktuell aus drei Gruppen von Zuwandernden zusammen: Zuwandernde aus den (Beitritts-)Staaten der Europäischen Union, Arbeitsmigranten und Arbeitsmigrantinnen aus Drittstaaten sowie zuletzt auch verstärkt Schutzsuchende aus Kriegs- und Krisenländern. Derzeit ist insbesondere diese letzte Gruppe in der politischen wie öffentlichen Debatte präsent, allerdings gibt es bislang nur sehr wenige gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gruppe der Schutzsuchenden. Viele Fragen sind nach wie vor offen: Wer sind die Personen, die aufgrund von Krieg und Krisen ihr Land verlassen müssen und nach Deutschland fliehen? Welche Selektivität weist diese Zuwanderergruppe auf? Welche Kapitalien bringen sie mit? Welche Hinweise gibt es auf die erste Integration in Deutschland? Diese und ähnliche Fragen werden die wissenschaftliche Auseinandersetzung der kommenden Monate und Jahre prägen und ihren Teil zur Versachlichung der Debatten beitragen. Der Aufbau einer adäquaten Datengrundlage, mit der die ersehnten Antworten auf diese Fragen gegeben werden können, wird aller Voraussicht noch Zeit in Anspruch nehmen. Bis dahin gilt es bereits existierende Daten zu prüfen und mit ihrer Hilfe erste Antworten auf diese Fragen zu geben. Daten über Schutzsuchende fehlen zwar, doch lassen sich mit Hilfe des Mikrozensus Analysen zu Neuzuwandernden aus Staaten erstellen, aus denen in den vergangenen Jahren viele Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind. Das Ziel dieses Beitrages ist es, in Ergänzung zu bisher vorliegenden Analysen die sozio-demografische und sozioökonomische Struktur dieser Neuzuwanderergruppe herauszuarbeiten.

In den vergangenen Jahren hat die Zahl der gewaltsamen politischen, ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen weltweit zugenommen. In Folge dieser Konflikte ist auch die Zahl derer angestiegen, die vor diesen Auseinandersetzungen fliehen: So zählt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR gegenwärtig etwa 60 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind (UNHCR 2015). Auch wenn die meisten von ihnen in ihren Herkunfts- und Nachbarländern leben, ist die Zahl der Schutzsuchenden in der EU, aber insbesondere auch in Deutschland, stark angestiegen. Das zeigt auch die Entwicklung der Asylerstanträge.

Während zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Asylerstantragszahlen äußerst gering waren, steigt deren Zahl seit dem Jahr 2007 kontinuierlich an und betrug im Jahr 2010 erstmals wieder über 40.000. In den Jahren 2013 und 2014 waren es bereits jeweils über 100.000 Asylerstanträge. Im Jahr 2015 dann wurden 442.000 Erstanträge gestellt (BAMF 2016). Die Zahl der in den jeweiligen Jahren tatsächlich eingereisten Schutzsuchenden lag sogar noch deutlich höher, da die formale Asylantragstellung aufgrund von administrativen Herausforderungen im Zusammenhang mit dieser rasanten Entwicklung in vielen Fällen erst zeitlich verzögert möglich war. Das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingesetzte EASY-System verzeichnet allein für das Jahr 2015 bundesweit etwas mehr als 1 Mio. Einreisen von Schutzsuchenden (BMI 2016).[1]

Wer sind diese Menschen? Diese Frage ist gerade über die letzten Monate hinweg immer relevanter geworden. Sind es vor allem junge, allein reisende Männer, die nach Deutschland kommen? Dieses Bild dominiert zumindest die mediale Auseinandersetzung. Erste Zahlen für das Jahr 2014 zeigen, dass 70 % der Antragsteller jünger als 30 Jahre alt sind. Fast ein Drittel ist minderjährig. Mit zwei Dritteln wurde die Mehrzahl der Asylerstanträge von Männern gestellt (BAMF 2016b). Nichtsdestotrotz ist Flucht auch ein weiblich geprägtes Phänomen. So geht der UNHCR (2015) davon aus, dass etwa 50 % aller Flüchtenden weltweit Frauen sind, von denen allerdings nur einem Teil die Flucht über weite Distanzen nach Europa und in andere entwickelte Regionen gelingt. Dabei er-

[1] Das EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Bei den EASY-Zahlen sind Fehl- und Doppelerfassungen wegen der zu diesem Zeitpunkt noch fehlenden erkennungsdienstlichen Behandlung und der fehlenden Erfassung der persönlichen Daten nicht ausgeschlossen (BMI 2016).

leben sie oftmals sehr spezifische Gefahrensituationen vor und während der Flucht (Bermudez 2013).

Der vorliegende Beitrag verfolgt dabei nicht nur das Ziel, die sozio-demografische Struktur von neu zugewanderten Personen aus Staaten, aus denen in den vergangenen Jahren viele Schutzsuchende nach Deutschland kamen, darzustellen. Alle Analysen werden vielmehr auch nach Geschlecht differenziert vorgenommen, um mehr über die Gruppe der Frauen aus diesen Regionen zu erfahren.

Daten und Methoden

Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über die sozio-demografischen Merkmale von Schutzsuchenden in Deutschland liegen bislang nicht vor. Ein wesentlicher Grund hierfür ist das Problem fehlender oder unzureichender Datengrundlagen. Auf der einen Seite finden sich verschiedene administrative Quellen, die sich spezifisch auf Flüchtlinge beziehen, die allerdings in der Regel Asylantragstellungen, Schutzquoten und Bearbeitungszeiten der Asylanträge fokussieren, denen aber nötige sozialwissenschaftliche Kontextinformationen fehlen. Andere relevante Statistiken beziehen sich ausschließlich auf bestimmte Flüchtlingsgruppen. So veröffentlicht das Statistische Bundesamt Zahlen zu Empfängern von Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgeschlüsselt u. a. nach Alter und Art der Unterbringung (Johansson et al. 2016). Auf der anderen Seite existieren diverse allgemeine Bevölkerungsumfragen (z. B. die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften oder das Sozio-oekonomische Panel), die aber aufgrund der zu geringen Stichprobengröße nicht in der Lage sind, ein vergleichsweise seltenes Phänomen wie Flucht valide zu erfassen. Sozialwissenschaftliche Analysen auf Grundlage dieser Bevölkerungsumfragen konzentrierten sich daher meist auf die Zuwandererbevölkerung als Ganzes.

Für die Analyse der neuzugewanderten Bevölkerung wurde in den vergangenen Jahren zunehmend der Mikrozensus als alternative Datenquelle herangezogen, der als allgemeine Bevölkerungsumfrage Daten zum aktuellen Migrationsgeschehen zur Verfügung stellt (vgl. Brenke und Neubecker 2013; Diehl und Grobecker 2006; Ette et al 2013; Granato 2014; Kogan 2007, 2011). Der Mikrozensus ist eine Bevölkerungsumfrage, die seit 1957 gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt wird. Mit einer Auswahlgesamtheit von 1 % der Wohnbevölkerung werden mit Hilfe des Mikrozensus jedes Jahr repräsentative statistische Informationen über die soziale und ökonomische Situation in Deutschland erhoben.[2]

Für die nachfolgenden Analysen mit dem Mikrozensus 2014 wurden Personen mit einer Staatsangehörigkeit der folgenden acht Staaten ausgewählt: Eritrea, Nigeria, Somalia, Afghanistan, Pakistan sowie Iran, Irak und Syrien. Diese gehören einerseits zu der Gruppe der 15 Länder, die in den vergangenen Jahren bei den Asylerstanträgen zu den jeweils 10 stärksten Herkunftsländern zählten. Andererseits sind das auch Staatsangehörigkeiten, von denen nach dem Ausländerzentralregister mindestens 50 % einen Aufenthaltstitel als Schutzsuchende im weitesten Sinne (humanitäre Gründe, Duldung und Aufenthaltsgestattung) erhalten haben (Differenzierung des jährlichen Zuzugs nach Aufenthaltszwecken). Trotz der großen Stichprobe des Mikrozensus sind die verbleibenden Fallzahlen vergleichsweise klein, weshalb zur Erhöhung der Reliabilität der Ergebnisse die genannten Staatsangehörigkeiten zur Kategorie „Kriegs- und Krisenländer Afrikas und Asiens“ zusammengefasst wurden. Analog zu anderen Neuzuwandererstudien wurden diejenigen Zuwanderer aus Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens als Neuzuwanderer definiert, die sich längstens seit dem Jahr 2010 in Deutschland aufhalten. Als Vergleichsgruppen und für eine bessere Einordnung der Ergebnisse werden alle weiteren Neuzuwanderer sowie die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit hinzugezogen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss immer bedacht werden, dass es sich hierbei um eine grobe Annäherung an die uns interessierende Gruppe der Schutzsuchenden handelt. Schließlich sind in der Gruppe der Neuzugewanderten auch Personen einbezogen worden, die über andere Migrationswege, wie z. B. reguläre Ar-

[2] Auswahlgrundlage für die Mikrozensusstichprobe sind Wohngebäude. In Zeltstädten, Wohncontainern etc. finden keine Befragungen statt. Auch kurzfristig umgewidmete Gemeinschaftsunterkünfte (ehemalige Bürogebäude, Gewerbehallen, Sporthallen etc.) befinden sich noch nicht in der Auswahlgesamtheit, da die Aufbereitung der Auswahlgesamtheit für die Stichprobe immer einen längeren Vorlauf benötigt und zudem Voraussetzung ist, dass die Umwidmung überhaupt an das Bauamt gemeldet wird. Insgesamt dürften also neuzugewanderte Flüchtlinge und Asylbewerber aus Sammel- sowie Gemeinschaftsunterkünften untererfasst sein. Flüchtlinge und Asylbewerber, die bereits auf Wohnungen innerhalb Deutschlands verteilt wurden, dürften dagegen gut erfasst sein.

Tab. 1: Zuwanderer aus Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas im Vergleich zu sonstigen Zuwanderern nach Zuwanderungsjahr (hochgerechnet)

	Vor 2000	2000-09	2010-14	Insgesamt
Kriegs- und Krisenländer Asiens und Afrikas	70.000	103.000	124.000	297.000
Eritrea, Somalia, Nigeria	5.000	11.000	13.000	29.000
Irak, Iran, Syrien	35.000	70.000	69.000	174.000
Afghanistan, Pakistan	30.000	22.000	42.000	94.000
Weitere Staaten	2.837.000	1.379.000	1.268.000	5.484.000

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014

beitsmigration oder Familiennachzug nach Deutschland gekommen sind.

Sozio-demografische Merkmale der Neuzuwanderer

- Aufenthaltsdauer

Nach dem Mikrozensus 2014 leben in Deutschland insgesamt etwas mehr als 5,8 Mio. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die selbst zugewandert sind. Von diesen stammen ca. 44 % aus Staaten der Europäischen Union, knapp über 50 % stammen aus weiteren Drittstaaten und ca. 5 % aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens. Von letzteren stellen Personen aus dem Nahen Osten (ca. 174.000) die größte Gruppe. Personen aus den Herkunftsstaaten „Afghanistan und Pakistan“ sowie „Eritrea, Somalia und Nigeria“ sind mit 94.000 Personen bzw. 29.000 Personen deutlich seltener vertreten. Die Differenzierung nach Aufenthaltsdauer zeigt, dass etwa 45 % der Personen aus „Eritrea, Somalia, Nigeria“ sowie „Afghanistan, Pakistan“ und 40 % der Personen aus „Irak, Iran und Syrien“ in den vergangenen fünf Jahren nach Deutschland zugezogen sind. Dagegen weisen nur ca. 23 % der Personen aus den weiteren Staaten eine ähnlich kurze Aufenthaltsdauer auf (siehe Tab. 1).

- Alter und Geschlecht

Auswertungen zu den Geschlechterverteilungen in den drei Gruppen „Deutsche“, „Neuzuwanderer aus Kriegs- und Krisenländern“ und „weitere Neuzuwanderer“ bestätigen weitgehend den höheren Anteil an Männern bei den Neuzuwanderern aus den Kriegs- und Krisenstaaten Afrikas und Asiens (59 % Männer zu 41 % Frauen). Dies gilt auch für die weiteren Neuzuwanderer, bei denen ebenfalls Männerüberschüsse zu verzeichnen sind (53 % Männer zu 47 % Frauen). In der deutschen Bevölkerung ergibt sich hingegen ein leichter Frauenüberschuss von 51 zu 49 %.

Tab. 2: Geschlechterdifferenzierte Altersstruktur von Neuzuwanderern aus Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas im Vergleich zu weiteren Neuzuwanderern und der Bevölkerung in Deutschland (in %)

Altersgruppe	Neuzuwanderer aus Kriegs- und Krisenstaaten		Weitere Neuzuwanderer		Deutsche	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
0-17	26,4	25,5	16,1	17,1	17,3	15,6
18-24	20,8	13,7	15,8	17,9	7,7	7,0
25-29	16,7	17,6	20,3	21,6	6,1	5,6
30-39	25,0	29,4	28,6	26,1	11,6	10,9
40-49	6,9	9,8	13,0	11,1	15,1	14,0
50+	4,2	3,9	5,7	6,1	42,1	46,9
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014

In einem nächsten Schritt lohnt der Blick auf die nach Geschlecht differenzierte Altersstruktur der Neuzuwandernden.

Die altersspezifische Betrachtung zeigt, dass die deutsche Bevölkerung deutlich älter ist als die der Neuzuwanderer. Zwischen den beiden Neuzuwanderergruppen bestehen ebenfalls Unterschiede (siehe Tab. 2). Die Neuzuwanderergruppen unterscheiden sich insbesondere in zwei Aspekten voneinander. Erstens sind die Anteile der Kinder und Jugendlichen bei den Neuzuwanderern aus Kriegs- und Krisengebieten Afrikas und Asiens mit jeweils etwa 26 % bei den Männern und Frauen deutlich höher als bei den weiteren Neuzuwanderern (ca. 16 bzw. 17 %). Zweitens ist auffällig, dass der Anteil von Männern aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens in der Altersgruppe 18 – 24 Jahre deutlich höher ist als der der Frauen (21 zu 14 %), während bei den übrigen Neuzuwanderern ein leicht höherer Frauenanteil besteht. Dagegen liegt in der Altersgruppe 30 – 39 der Anteil der Frauen aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens um mehr als vier Prozentpunkte über dem der Männer (29 zu 25 %). So kann festgehalten werden, dass sich männliche Neuzuwanderer aus diesen Staaten anscheinend eher in jüngeren Altersgruppen für Migration entscheiden, während es bei den Frauen eher etwas ältere Gruppen sind.

Um bei den folgenden Analysen zu starke Alterseffekte zu vermeiden, konzentrieren sich diese auf die Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen.

- Haushalte und Lebensformen von Neuzuwanderern

Es kann vermutet werden, dass diese spezifische Altersstruktur Konsequenzen auch auf die Zusammensetzung der Haushalte und Lebensformen hat. Zu einem Haushalt „zählen alle Personen, die am Haupt- oder Nebenwohnsitz allein (Einpersonenhaushalt) oder zusammen mit anderen Personen (Mehrpersonenhaushalt) eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden“ (Statistisches Bundesamt 2014: 16). Unter Lebensformen sind nach Hradil (2004: 87) „die relativ beständigen Konstellationen zu verstehen, in denen Menschen im Alltag mit den ihnen am nächsten stehenden Mitmenschen zusammenleben.“ Die Personen eines Haushalts sind häufig identisch mit den zu einer Lebensform gehörenden Personen, müssen es aber nicht sein. So können mehrere Haushalte zu einer Lebensform gehören, beispielsweise, wenn Eltern mit ihrem Kind und dessen Partner zusammen leben und beide Paare getrennt wirtschaften. Hinsichtlich der Haushalte wird nach der Größe, also der Zahl der im Haushalt lebenden Personen unterschieden. Dabei spielt es zunächst keine Rolle, wer diese Personen sind. Es kann sich dabei im Fall eines Zweipersonenhaushalts u. a. um ein kinderloses Ehepaar, eine Alleinerziehende mit einem Kind oder eine ältere Person mit einem Pflegenden handeln. Eine genauere Auskunft über die Art des Zusammenlebens wird mit dem Konzept der Lebensformen gegeben. Lebensformen werden unterschieden anhand der Merkmale Kinder[3] haben bzw. keine haben, als Paar bzw. allein leben und verheiratet oder nicht verheiratet sein.

Die drei Gruppen – Deutsche, Neuzuwanderer aus den Kriegs- und Krisenstaaten Asiens und Afrikas sowie weitere Neuzuwanderer – sind gekennzeichnet jeweils durch spezifische Muster der Haushaltsgröße und -struktur sowie der Lebensformen. Die größten Unterschiede liegen jedoch nicht zwischen den Herkunftskontexten, sondern – insbesondere bei Neuzuwanderern aus den Kriegs- und Krisenstaaten Afrikas und Asiens – zwischen den Geschlechtern. So kann insbesondere bei jüngeren Männern vermutet werden, dass diese noch keine eigene Familie im Herkunftsland gegründet haben und alleine nach Deutschland zuwandern. Bei etwas älteren Männern mit eigener Familie kann angenommen werden, dass der Ehemann häufig als Pionierwanderer agiert. Viele Familien aus den Kriegs- und Krisenstaaten Asiens und Afrikas können keine gemeinsame Flucht finanzieren und müssen daher zwischen unterschiedlichen Risiken abwägen. Häufig fällt die Entscheidung, dass zunächst Männer die beschwerliche und risikoreiche Wanderung auf sich nehmen und dann, nach geglückter Ankunft im Zielland, Frauen und Kinder per Familiennachzug nachholen (Han 2003). Unterschiedliche Studien weisen darauf hin, dass auch unter Frauen der Anteil allein migrierender gestiegen ist (Morokvasic 1984; Kofman 1999; Donato et al. 2006; Lutz 2010).

Die Haushaltsstrukturen von Neuzuwanderern und Deutschen unterscheiden sich erheblich. 22 % der männlichen Deutschen im Alter von 15 bis 64 Jahren leben in Einpersonenhaushalten, 30 % in Zweipersonenhaushal-

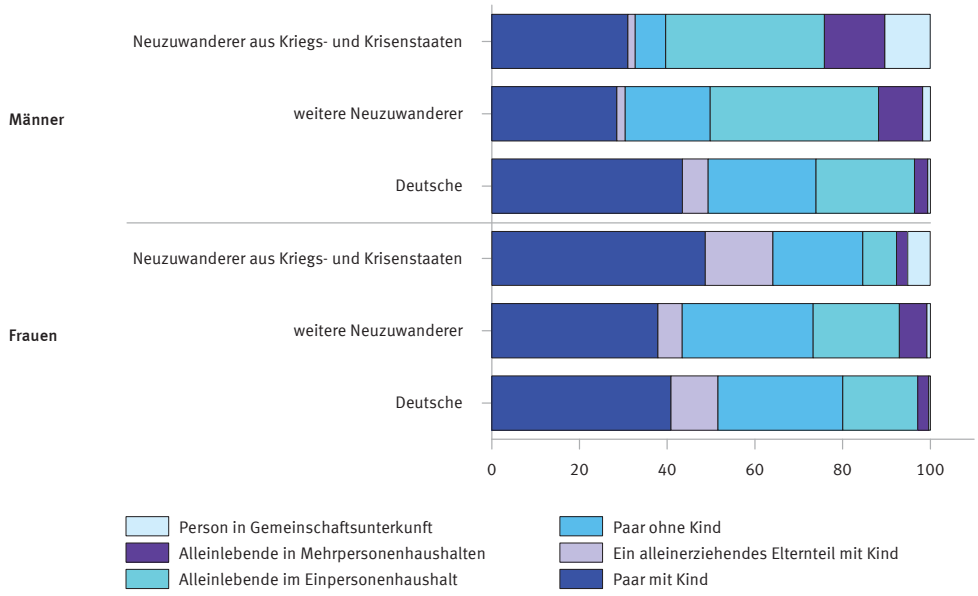
[3] Betrachtet wird hier nur die Zahl der im Haushalt lebenden Kinder, nicht die Zahl der geborenen Kinder.

ten und 48 % in Drei- und Mehrpersonenhaushalten. Die neuzuwandernden Männer unterscheiden sich deutlich davon. So ist der Anteil derjenigen, die in Einpersonenhaushalten leben, deutlich größer und der Anteil derjenigen in Zwei- oder in Drei- und Mehrpersonenhaushalten deutlich niedriger: 36 % der Neuzuwanderer aus den Kriegs- und Krisenstaaten Afrikas und Asiens sowie 38 % der weiteren Neuzuwanderer leben in Einpersonenhaushalten, während nur 41 bzw. 36 % in Drei- und Mehrpersonenhaushalten leben. Das kann vor allem auf das geringere Durchschnittsalter der Neuzuwanderer im Vergleich zu den Deutschen zurückgeführt werden. Bei den Frauen ist die Haushaltsgröße in der Altersgruppe von 15 bis 64 Jahren deutlich größer als bei den Männern. Die Haushaltsgröße bei den deutschen Frauen umfasst einen Anteil von 17 % in Einpersonenhaushalten, von 36 % in Zweipersonenhaushalten und von 47 % in Drei- und Mehrpersonenhaushalten. Für die weiteren Neuzuwanderinnen zeigt sich ein sehr ähnliches Bild hinsichtlich der Haushaltsgröße. Die Frauen aus den Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas unterscheiden sich davon deutlich: so ist der Anteil in Drei- und Mehrpersonenhaushalten mit fast 60 % deutlich größer und der in Einpersonenhaushalten deutlich niedriger, was dafür spricht, dass ein Teil dieser Frauen entweder gemeinsam im Familienverbund migriert ist oder von ihren Familienangehörigen nachgeholt wurde oder diese nachholten.

Neben der Altersstruktur und den im Herkunftsland verbliebenen Familienangehörigen hängt die Haushaltsgröße auch von der Verbreitung bestimmter Lebensformen ab. Diese unterscheiden sich bei den drei betrachteten Gruppen sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern erheblich. So geben 68 % der 15- bis 64-jährigen Frauen aus diesen Kriegs- und Krisenstaaten an, verheiratet zu sein, während dies nur auf 55 % der weiteren Neuzuwanderinnen und 51 % der deutschen Frauen zutrifft. Im Gegensatz dazu steht die Situation der neuzuwandernden Männer aus den Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas, die zu einem deutlich geringeren Anteil eine Ehe angeben (39 %), was bestätigt, dass schutzsuchende Männer aus diesen Regionen eher alleinstehend und allein migrierend sind, während Frauen häufiger im familiären Kontext wandern.

Noch deutlicher wird das bei Betrachtung der Lebensformen im Haushalt. Im Wesentlichen sind die Deutschen und die Neuzuwanderer auf drei Lebensformen, Paare mit Kind(ern), Paare ohne Kind und Alleinlebende, konzentriert (Abb. 1). Die am häufigsten vorkommende Lebensform sind Paare mit Kindern. Der Anteil ist mit 49 % bei den neuzugewanderten Frauen aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens am höchsten und bei den weiteren zugewanderten Männern mit 29 % am niedrigsten. Bei den Deutschen beträgt der Anteil der Paare mit Kindern bei den Frauen 41 und bei den Männern 44 %. Die zweitwichtigste Lebensform sind Paare ohne Kinder. Die höchsten Anteile finden sich bei den weiteren zugewanderten Frauen (30 %) und den deutschen Frauen (28 %). Eine andere Grundstruktur bei der Verteilung der Lebensformen kennzeichnet die beiden männlichen Zuwanderergruppen. Mit 36 bzw. 38 %

Abb. 1: Anteil der Lebensformen im Haushalt bei seit 2010 selbst zugewanderten Personen im Alter von 15 bis 64 im Vergleich zu Deutschen der gleichen Altersgruppe (in %)



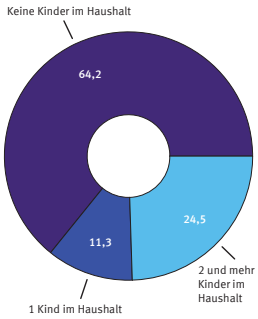
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014

© BiB 2016

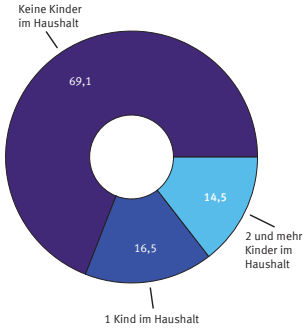
Abb. 2: Anteil der ledigen Kinder im Haushalt bei seit 2010 selbst zugewanderten Personen im Alter von 15 bis 64 im Vergleich zu Deutschen der gleichen Altersgruppe (bezogen auf Privathaushalte)

Männer

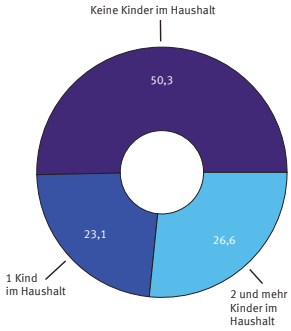
Neuzuwanderer aus Kriegs- und Krisenstaaten



Weitere Neuzuwanderer

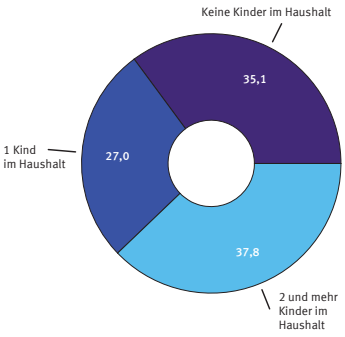


Deutsche

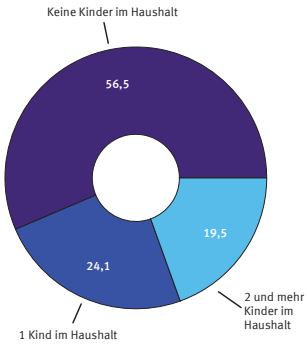


Frauen

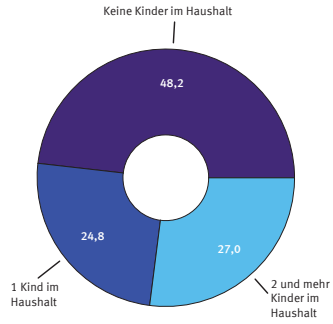
Neuzuwanderer aus Kriegs- und Krisenstaaten



Weitere Neuzuwanderer



Deutsche



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014

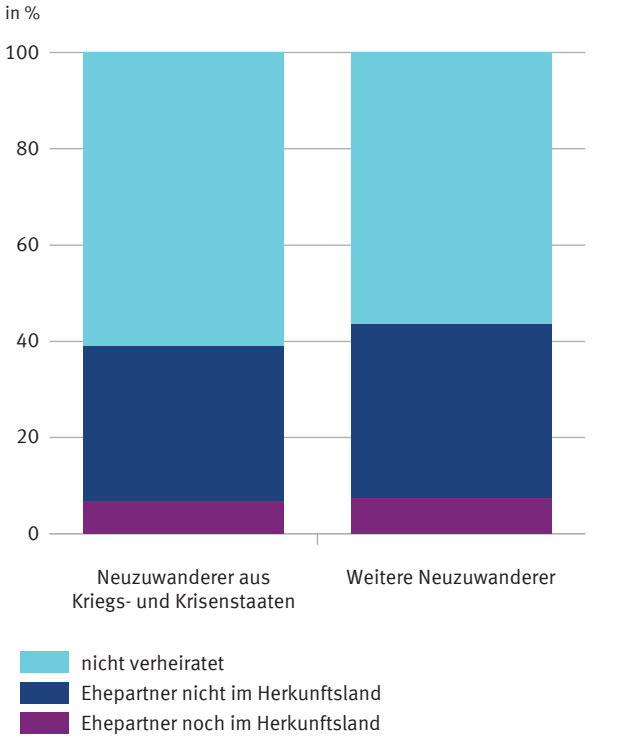
entfallen die höchsten Anteile auf die Alleinlebenden in Einpersonenhaushalten. Zählt man die Alleinlebenden in Mehrpersonenhaushalten hinzu, leben nahezu die Hälfte der neuzugewanderten Männer ohne Partner und Kind im Haushalt. Typisch für die Besonderheiten in der Struktur der Lebensformen sind die Geschlechterunterschiede und die Unterschiede zwischen deutschen und neuzugewanderten Männern. Frauen leben im Trend häufiger in einer Paarbeziehung und häufiger mit Kindern zusammen als Männer. Andererseits sind deutsche und neuzugewanderte Männer deutlich öfter alleinlebend als alle anderen Gruppen.

Fasst man die Informationen hinsichtlich der im Haushalt lebenden Kinder zusammen, so lässt sich festhalten, dass 50 % der deutschen Männer ohne Kinder im Haushalt leben, während es bei den neuzugewanderten Männern aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens 64 % und bei den sonstigen neuzugewanderten Männern sogar 69 % sind. Im Gegensatz zu den Männern ist der Anteil derjenigen Frauen, die ohne Kinder im Haushalt leben,

deutlich geringer. Nur 35 % der Frauen aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens leben in Haushalten ohne Kinder, aber 48 % der deutschen Frauen und 56 % der sonstigen neuzugewanderten Frauen (siehe Abb. 2).

Darüber hinaus bietet der Mikrozensus erste Anhaltspunkte, ob Personen mit eigener Migrationserfahrung noch Familienangehörige (Eltern, Partner/in, Kinder) im Herkunftsland haben. Während bei zugewanderten Frauen die Anteile im Herkunftsland lebender Kinder und Partner vernachlässigbar sind, geben etwa 5 % der neuzugewanderten Männer aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens sowie 7 % der weiteren Neuzuwanderer an, dass im Herkunftsland noch Kinder leben. Ebenfalls 7 % nennen eine Ehepartnerin im Herkunftsland. Werden nur diejenigen einbezogen, die verheiratet sind, so geben etwas über 17 % eine Ehepartnerin im Herkunftsland an (siehe Abb. 3). Auch dieses Ergebnis ist ein Hinweis dafür, dass in der von uns betrachteten Gruppe Neuzuwanderer aus den Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas eher alleinstehend sowie allein migrierend sind und nur ein Teil als Pionierwanderer nach Deutschland kommt. Dagegen scheinen Frauen aus diesen Regionen eher im familiären Kontext nach Deutschland zuzuziehen.

Abb. 3: Anteil der Partnerinnen und Kinder im Herkunftsland bei seit 2010 selbst zugewanderten Männern im Alter von 15 bis 64 (in %)



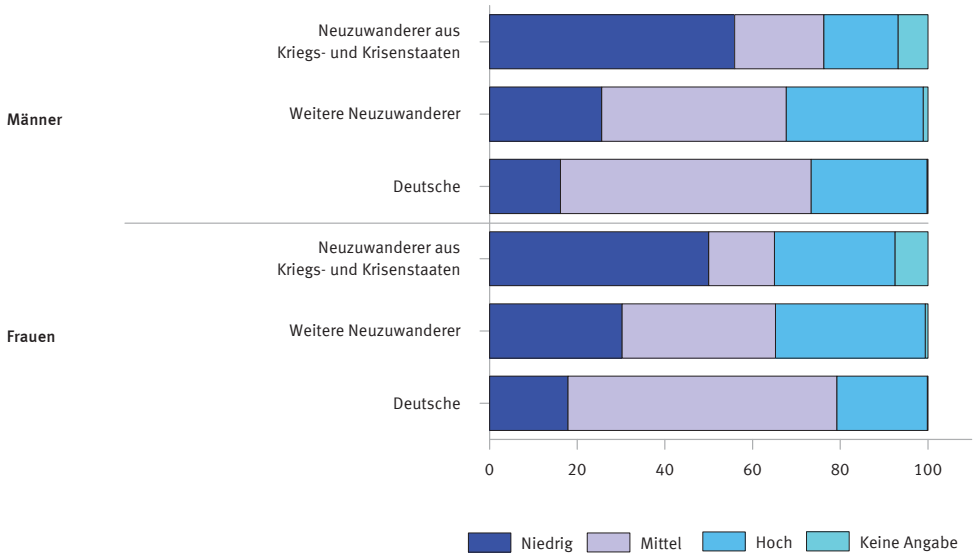
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014 © BiB 2016

- Qualifikationsstruktur von Neuzuwanderern

Der Betrachtung der Qualifikationsstruktur wird im Kontext der Zuwanderung ein sehr hoher Stellenwert beigemessen, da einem hohen Bildungsniveau positive Auswirkungen auf die unterschiedlichen Aspekte der Integration zugeschrieben werden. Vorherigen Generationen von Zuwanderern wird traditionell ein Bildungsniveau attestiert, das unterhalb des Bildungsniveaus der einheimischen Bevölkerung angesiedelt ist, wobei das von zugewanderten Frauen noch niedriger ist und Abweichungen nach Herkunftsregion möglich sind (Bender und Seifert 1996; Szydlik 1996; Kalter 2008). Wird der Fokus auf Neuzugewanderte gelenkt, so zeigen beispielsweise Ette et al. (2013) sowie Seibert und Wapler (2012), dass die Anteile von Neuzuwanderern mit tertiärem Bildungsabschluss in den vergangenen Jahrzehnten stark angestiegen sind und mittlerweile sogar den Anteil der einheimischen Bevölkerung mit tertiärem Bildungsabschluss übertreffen. Zur Qualifikationsstruktur neuzugewanderter Schutzsuchender liegen nur sehr wenige Informationen vor, allerdings wird angenommen, dass deren Qualifikationsniveau deutlich niedriger als das der weiteren Neuzuwanderer ist. So hat eine erste Studie zur Qualifikationsstruktur von Flüchtlingen ergeben, dass rund 13 % als Nichtqualifizierte und 10 % als Höherqualifizierte eingestuft werden können. Dabei weisen insbesondere Frauen sowie Befragte aus dem Irak eine vergleichsweise niedrige Bildungsposition auf (Worbs und Bund 2016).

Darauf aufbauend lassen sich mit Hilfe des Mikrozensus weitere Erkenntnisse zur Bildungsstruktur von Neuzuwanderern aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens herausarbeiten. Das Bildungsniveau lässt sich am anschaulichsten auf Basis der International Standard Classification of Education (ISCED) beschreiben, welche einen einheitlichen Rahmen zum Vergleich von Schul- und Berufsabschlüssen ermöglicht. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass bei der Erfassung der Qualifikation von Migrantinnen und Migranten das Problem besteht, dass diese aus Herkunftsländern mit teilweise völlig anders aufgebauten Schul- und Berufsbildungssystemen kommen. Eine Übertragung auf

Abb. 4: Bildungsniveau von 15- bis 64-jährigen Neuzuwanderern aus Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens im Vergleich zu sonstigen Neuzuwanderern und der Bevölkerung in Deutschland, nach Geschlecht (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014

© BiB 2016

das deutsche System dürfte den Befragten im Mikrozensus mitunter schwerfallen. Die Angaben zum Bildungsniveau können in drei Kategorien niedrige, mittlere und hohe Qualifikation zusammengefasst werden.[4]

Unter den neuzugewanderten Frauen und Männern aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens im Alter von 15 bis 64 Jahren verfügt der mit Abstand größte Anteil über ein niedriges Bildungsniveau. So geben ca. 56 % der Männer und 50 % der Frauen ein niedriges formales Bildungsniveau an. Dagegen weisen nur 26 % der weiteren männlichen Neuzuwanderer und 30 % der weiblichen weiteren Neuzuwanderer dieses Bildungsniveau auf. Neben den Unterschieden zwischen den Gruppen der Neuzuwanderer zeigen sich auch unerwartete Geschlechterunterschiede. Der direkte Vergleich zwischen Männern und Frauen zeigt bei den Frauen aus den Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens eine wesentlich stärkere Polarisierung bezogen auf das Bildungsniveau. Bei diesen Frauen ist die Gruppe derjenigen mit einem niedrigen Bildungsniveau wie bei den Männern am größten. Allerdings ist der Anteil derjenigen mit einem hohen Bildungsniveau mit 28 % nicht nur deutlich größer als der Anteil derjenigen mit einem mittleren Bildungsniveau (15 %), er ist auch deutlich größer als der Anteil in der männlichen Vergleichsgruppe (15 %). Die Polarisierung besteht weiterhin im Vergleich mit den anderen Herkunftsgruppen. So überwiegen verglichen mit den deutschen Frauen nicht nur die niedrig Gebildeten, sondern auch die höher Gebildeten. Noch höher ist allerdings das Bildungsniveau der weiteren neuzugewanderten Frauen, die eine sehr ausgewogene Verteilung der Bildungsniveaus aufweisen. Hier sind die Anteile derjenigen mit einem niedrigen (30 %), einem mittleren (35 %) und einem hohen Bildungsniveau (34 %) etwa gleich groß (siehe Abb. 4). Diese Polarisierung überrascht gerade mit Blick auf den bisherigen Forschungsstand, welcher davon ausgeht, dass Frauen, die geflohen sind, ein durchgängig niedrigeres Bildungsniveau aufweisen.

- Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Neuzuwanderern

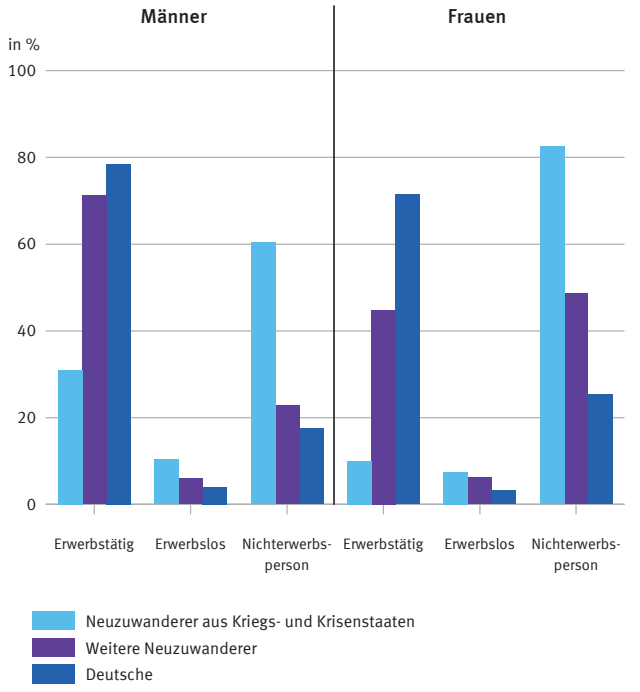
Die Beteiligung am Erwerbsleben stellt eine zentrale Voraussetzung für weitere Dimensionen der Integration dar und hat somit einen unmittelbaren Einfluss auf Einkommen, gesellschaftlichen Status und Einbindung in soziale Netzwerke. Dass die meisten Zuwanderergruppen in Deutschland eine nach wie vor schlechtere Position auf dem Arbeitsmarkt einnehmen als Einheimische, ist aus vielfältigen empirischen Studien hinreichend bekannt (z.B. Beauftragte 2011; Granato 2003; Kalter 2008; Kogan 2011). Aus den Erfahrungen früherer Fluchtzuwanderung nach Deutschland und in andere Industrie-

[4] Eine hohe Qualifikation impliziert den Abschluss einer Hochschule oder Fachschule (Meister oder Techniker). Für die mittlere Qualifikation ist zum Beispiel der Abschluss der allgemeinen Hochschulreife oder der Abschluss einer Lehre beziehungsweise einer Berufsfachschule notwendig. Eine niedrige Qualifikation reicht von Personen ohne Schul- und Berufsabschluss bis zu Personen, die keinen formalen Berufsabschluss, aber einen Realschul- oder Hauptschulabschluss erreicht haben.

staaten liegen nur wenige belastbare Informationen zur Arbeitsmarktintegration vor. In dieser Hinsicht zeigen die Erfahrungen in den skandinavischen Staaten sowie in klassischen Einwanderungsländern, dass Flüchtlinge im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen eher von Arbeitslosigkeit, befristeten Beschäftigungsverhältnissen und einem generell niedrigeren Einkommen betroffen sind (Bevelander 2011). In Deutschland finden Flüchtlinge vor allem im Niedriglohnsektor Beschäftigung, z. B. in der Gebäudereinigung oder in der Gastronomie (Johansson et al. 2016; Worbs und Bund 2016).

Als Indikator zur Messung der Arbeitsmarktintegration gilt meist die Erwerbstätigenquote. Dem Konzept der International Labour Organisation (ILO) folgend misst sie die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt auf Grundlage der gesamten Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Neben Erwerbstätigen werden somit auch erwerbslose Personen sowie Nichterwerbspersonen berücksichtigt, wozu auch Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen und Schüler sowie Hausfrauen und -männer zählen, aber auch all diejenigen Personen, die sich wegen geringer Chancen oder fehlendem formalem Zugang zurückziehen und dem Arbeitsmarkt somit nicht zur Verfügung stehen.[5]

Abb. 5: Erwerbsstatus von 15- bis 64-jährigen Neuzuwanderern aus Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens im Vergleich zu sonstigen Neuzuwanderern und der Bevölkerung in Deutschland, nach Geschlecht (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014 © BiB 2016

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass es Neuzuwanderern insbesondere in den ersten Jahren des Aufenthalts schwer fällt, Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Sprachschwierigkeiten, die formelle Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse sowie fehlendes Wissen über die Funktionsmechanismen des heimischen Arbeitsmarktes sind hier bedeutende Ursachen (Chiswick et al. 2005; Friedberg 2000). Daneben bestehen aber auch vielfältige aufenthaltsrechtliche Restriktionen, die einen Zugang zum formellen Arbeitsmarkt von Neuzuwanderern aus Drittstaaten und insbesondere Flüchtlingen und Asylbewerbern erschweren.

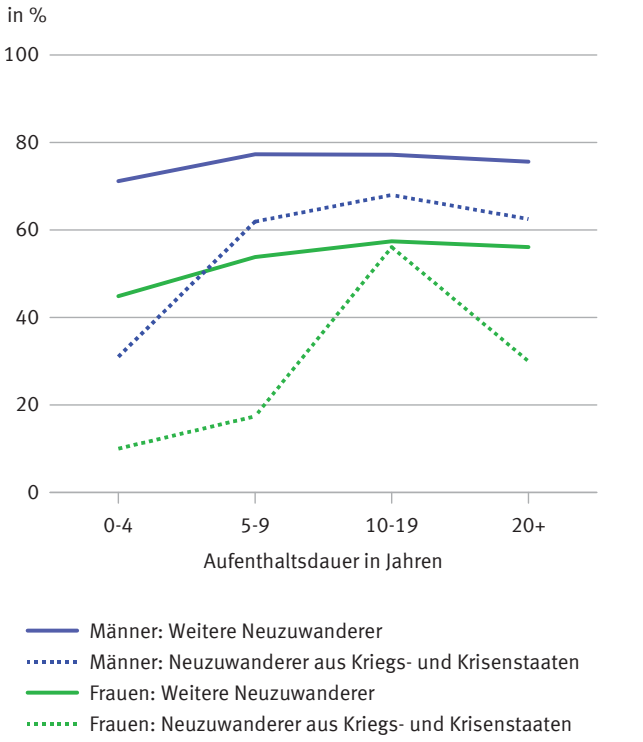
Angesichts dieser Rahmenbedingungen überrascht es nicht, dass auch der Anteil der erwerbstätigen weiteren Neuzuwanderer in der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen mit 59 % unter dem Anteil der deutschen Bevölkerung (75 %) liegt. Trotz der institutionellen Reformen der vergangenen Jahre hinsichtlich des Arbeitsmarktzugangs von Flüchtlingen liegt die Arbeitsmarktintegration der Neuzuwanderer aus den Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas mit 22 % nochmals deutlich niedriger.

Dieser allgemeine Befund verbirgt allerdings deutliche Geschlechterunterschiede. Während immerhin ein Drittel der Männer erwerbstätig ist, liegt der Anteil bei den Frauen nur etwa bei einem Zehntel (siehe Abb. 5). In der Tendenz bestätigen diese Befunde die Ergebnisse einer Erhebung aus dem Jahr 2014, bei der ca. 2.800 anerkannte Flüchtlinge aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka und Syrien in Deutschland befragt wurden. Obwohl es sich hierbei um anerkannte Flüchtlinge handelt, war auch bei dieser Befragung nur gut ein Drittel erwerbstätig (Worbs und Bund 2016).

Positiv zu vermerken ist, dass sich die Integration in den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge mit zunehmender Aufenthaltsdauer deutlich verbessert. Bereits in der Gruppe der männlichen Zuwanderer aus Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens mit fünf bis neunjährigem Aufenthalt verdoppelt sich die Erwerbstätigenquote auf 62 % und bei den Frauen erhöht sie sich auf 17 % (siehe Abb. 6). Auch wenn Männer aus diesen Staaten somit ge-

[5] Als erwerbstätig gelten in Übereinstimmung mit der Definition der ILO alle Personen im erwerbsfähigen Alter ab 15 Jahren, die einer bezahlten Erwerbstätigkeit von mindestens einer Stunde pro Woche nachgehen.

Abb. 6: Entwicklung der Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Zuwanderer aus Kriegs- und Krisenländern Afrikas und Asiens im Vergleich zu sonstigen Zuwanderern mit zunehmender Aufenthaltsdauer, nach Geschlecht (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014 © BiB 2016

genüber anderen Zuwanderergruppen deutlich aufholen, bewirken das deutlich niedrigere Bildungsniveau und die schlechteren institutionellen Startbedingungen auch langfristig Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt.

Schlussfolgerungen

Die Entwicklungen der vergangenen Wochen und Monaten lassen vermuten, dass im Verlauf dieses Jahres voraussichtlich weiterhin eine hohe Anzahl an Schutzsuchenden nach Deutschland einreisen wird. Die vorliegenden Analysen ergänzen die Ergebnisse der bisherigen Studien zu der Frage, wer die Personen sind, die aufgrund von Krieg und Krisen ihr Land verlassen müssen und nach Deutschland fliehen.

Bei der von uns gewählten Herangehensweise muss allerdings berücksichtigt werden, dass es sich hierbei um eine grobe Annäherung an die uns interessierende Gruppe der Schutzsuchenden handelt. Schließlich sind in der Gruppe der Neuzugewanderten auch Personen einbezogen worden, die über andere Migrationswege, wie z. B. reguläre Arbeitsmigration oder Familiennachzug nach Deutschland gekommen sind.

Demnach sind zwei Drittel dieser Neuzuwanderergruppe Männer und ein Drittel Frauen. Die Männer sind in der Regel jünger und alleinstehend, während die Frauen etwas älter sind und häufig in Haushalten mit Kindern leben. Ein großer Anteil der Neuzuwanderer aus den Kriegs- und Krisenländern verfügt über eine niedrige Bildung. Interessanterweise zeigt sich bei den Frauen eine starke Polarisierung von Hoch- und Niedriggebildeten. Hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration fällt auf, dass etwa ein Drittel der Männer und ein Zehntel der Frauen erwerbstätig sind.

Jedoch spiegeln diese Daten nur die gegenwärtige Situation wider und bestätigen zunächst das Bild der jungen, allein reisenden Männer, denen eine Migration nach Deutschland gelingt. Allerdings ist das nur eine Seite der Fluchtmigration. Es stellen sich wichtige Anschlussfragen beispielsweise nach dem Verbleib der Frauen während der Flucht, da davon ausgegangen wird, dass mindestens 50 % der Flüchtenden weltweit Frauen sind. Daran schließen sich wichtige Fragen nach den Fluchtkontexten im Herkunftsland und den Aufnahmebedingungen in Deutschland an, die weitere Anhaltspunkte zum Verlauf der sozialen Integration liefern können.

Literatur

BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2016): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Nürnberg.

BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2016a): Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2015. Nürnberg.

BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2016b): Migrationsbericht 2014. Nürnberg.

Beauftragte (2011): Zweiter Integrationsindikatorenbericht (erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), Berlin: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Bender, Stefan; Seifert, Wolfgang (1996): Zuwanderung auf dem Arbeitsmarkt: Nationalitäten und geschlechtsspezifische Unterschiede. In: Zeitschrift für Soziologie 25(6): 473-495.

Bermudez, Anastasia (2013): A Gendered Perspective on the Arrival and Settlement of Colombian Refugees in the United Kingdom. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 39(7): 1159-1175.

Bevelander, Pieter (2011): The employment integration of resettled refugees, asylum claimants, and family reunion migrants in Sweden. In: Refugee Survey Quarterly 30(1): 22-43.

BMI (Bundesministerium des Innern) (2016): 2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor. Pressemitteilung vom 06.01.2016. Berlin.

Brenke, Karl; Neubecker, Nina (2013): Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich. DIW Wochenbericht 49: 3-22.

Chiswick, Barry R. et al. (2005): A Longitudinal Analysis of Immigrant Occupational Mobility: A Test of the Immigrant Assimilation Hypothesis. In: International Migration Review 39(2): 332-353.

Diehl, Claudia; Grobecker, Claire (2006): Neuzuwanderer in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2000 bis 2003. In: Wirtschaft und Statistik 11: 1-12.

Donato, Katherine M.; Gabbaccia, Donna; Holdaway, Jennifer; Manalansan, Martin; Pessar, Patricia R. (2006): A glass half full? Gender in migration studies. In: International Migration Review, 40(1): 3-26.

Ette, Andreas; Mundil-Schwarz, Rabea; Sauer, Lenore; Sulak, Harun (2013): Ein neues Bild der Migration: Sozio-ökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung Aktuell. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 34(2): 2-11.

Friedberg, Rachel M. (2000): You can't take it with you? Immigrant assimilation and the portability of human capital. In: Journal of Labor Economics 18(2): 221-251.

Granato, Nadia (2003): Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Wiesbaden: Leske + Budrich.

Granato, Nadia (2014): A work in progress. Prospects for upward mobility among new immigrants in Germany. Washington D.C. and Geneva: Migration Policy Institute and International Labour Office.

Han, Petrus (2003): Frauen und Migration: Strukturelle Bedingungen, Fakten und soziale Folgen der Frauenmigration. Lucius & Lucius: Stuttgart.

Hradil, Stefan (2004): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Johansson, Susanne; Schiefer, David; Andres, Nora (2016): Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Berlin

Kalter, Frank 2008: Ethnische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. In: Abraham, Martin und Hinz, Thomas (Hrsg.): Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien, empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag: 303-332.

Kofman, Eleonore (1999): Female "birds of passage" a decade later: gender and immigration in the European Union. In: International Migration Review, 33(2): 269-99.

Kogan, Irena (2007): Working through Barriers. Host Country Institutions and Immigrant Labour Market Performance in Europe. Dordrecht, Netherlands: Springer.

Kogan, Irena (2011): New Immigrants – Old Disadvantage Patterns? Labour Market Integration of Recent Immigrants into Germany. In: International Migration 49(1): 91-117.

Lutz, Helma (2010): Gender in the Migratory Process. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 36(10): 1647-1663.

Morokvasic, Mirjana (1984): Birds of Passage are also Women. In: International Migration Review 18(4): 886-907.

Seibert, Holger; Wapler, Rüdiger (2012): Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker, IAB-Kurzbericht 21, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016): Nettozuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2015 bei 1,1 Millionen, Pressemitteilung vom 21. März 2016 – 105/16. Wiesbaden.

Szydlik, Marc (1996): Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48: 658-676.

UNHCR (2015): Statistical Yearbook 2014. Genf.

Worbs, Susanne; Bund, Eva (2016): Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukunftsorientierungen. BAMF-Kurzanalyse 01. Nürnberg.

Sabine Diabaté, Samira Beringer und Yannik Garcia Ritz (alle BiB)

Ähnlicher als man denkt?! – Ein Vergleich der Familienleitbilder von Personen mit türkischem und ohne Migrationshintergrund in Deutschland

Jede Familie ist einzigartig! Trotzdem haben Menschen, die in derselben Gesellschaft leben oder Mitglied einer sozialen Gruppe sind, ähnliche Vorstellungen von einer „normalen Familie" – sogenannte Familienleitbilder. Diese Leitbilder dienen der Orientierung bei der Lebensgestaltung. Sie entstehen im Lebensverlauf, denn sowohl die Menschen, die einen umgeben als auch die Medien prägen die Idee davon, was Normalität ist und welches Ideal angestrebt werden sollte. Es stellt sich daher die Frage, ob sich Familienleitbilder von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

Anfang der 1960er Jahre warb die Bundesrepublik Deutschland türkische „GastarbeiterInnen" an, um das „Wirtschaftswunder" stemmen zu können. Das geplante Rotationsprinzip, nach dem die Arbeiter nach einiger Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten und wollten, funktionierte jedoch aus verschiedenen Gründen nicht (Arslan 2009), so dass die meisten Arbeitskräfte dauerhaft in Deutschland blieben. Da Personen mit türkischer Herkunft mittlerweile eine der größten Gruppen mit Migrationshintergrund in Deutschland darstellen, wird in diesem Artikel der Fokus auf einen interkulturellen Vergleich der Familienleitbilder (Diabaté/Lück 2014, vgl. Lück/Diabaté 2015) zwischen türkischstämmigen Personen und Menschen ohne Migrationshintergrund gelegt. Datengrundlage bildet der Familienleitbildsurvey. In einem ersten Schritt wird untersucht, welche Lebensformen die Befragten als Familie ansehen. Anschließend stehen die Voraussetzungen für Elternschaft, das ideale Erstgebäralter und Leitbilder zur Kindererziehung für beide Vergleichsgruppen im Vordergrund.

Datengrundlage

Für die repräsentative Studie Familienleitbilder (FLB) wurden 5.000 Personen im Alter von 20 bis 39 Jahren im Jahr 2012 befragt (Lück et al. 2015). Davon haben insgesamt 1.076 Personen einen Migrationshintergrund. Diese verteilen sich über sehr viele unterschiedliche Herkunftskontexte, aber die größte Gruppe sind 122 Befragte mit türkischem Migrationshintergrund.[1]

Die Befragten haben zu verschiedenen Themenblöcken (u. a. Bedeutung von Familie, Partnerschaft, Elternschaft) geantwortet (Übersicht der Ergebnisse bei Schneider et al. 2015). Neben den eigenen Vorstellungen wurde zudem an einigen Stellen gefragt, wie das Stimmungsbild der Gesellschaft zu bestimmten Themen wahrgenommen wird (Lück et al. 2015).

Beschreibung der Stichprobe

Innerhalb der Zufallsstichprobe wurden insgesamt 122 Personen mit türkischen Wurzeln befragt. Auch wenn die Fallzahl eher gering ist, stellen sie knapp zwei Prozent des Datensatzes dar, was in etwa mit dem Anteil der Personen mit türkischem Migrationshintergrund an der gesamten deutschen Wohnbevölkerung übereinstimmt (2,4 % in der Studie Familienleitbilder zu 3,2 % im Zensus; Statistisches Bundesamt 2013). Ein Großteil, 102 Befragte, haben sowohl eine türkische Mutter als auch einen türkischen Vater. Weitere 20 Befragte haben den Migrationshintergrund durch nur einen Elternteil. Darüber hinaus hat etwas mehr als die Hälfte (72 Befragte), auch tatsächlich die türkische Staatsangehörigkeit, während 50 Befragte einen Migrationshintergrund haben, weil mindestens ein Elternteil in der Türkei geboren wurde.

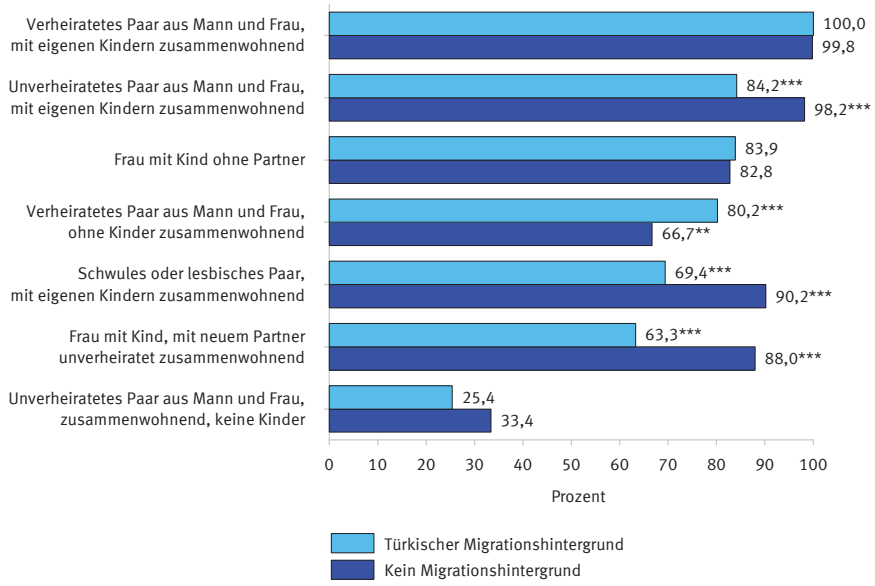
Familienleitbilder im deutsch-türkischen Vergleich

Familie ist …

Vater, Mutter, Kind(er) – im Kern des Familienleitbildes steht ein Ehepaar mit Kindern, so die fast einstimmige Meinung der Befragten. Es hat sich aber auch gezeigt, dass dies nicht das einzige Bild von Familie ist. Im Rahmen der Studie wurden auch weitere Lebensformen untersucht, ob diese als Familie bezeichnet würden. Dabei haben beide Vergleichsgruppen auch bei allen anderen Konstellationen überwiegend zugestimmt (siehe Abb. 1). Lediglich ein kinderloses unverheiratetes Paar wird von mehr als zwei Drittel beider Befragtengruppen nicht als Familienform angesehen.

[1] In Anlehnung an die Definition des Statistischen Bundesamts (2014) hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst nach 1949 aus dem Ausland nach Deutschland gezogen ist, als Ausländer in Deutschland geboren wurde, oder zumindest ein Elternteil im Ausland geboren wurde.

Abb. 1: Welche Lebensformen werden als Familie bezeichnet?



Datenquelle: Familienleitbilder 2012 (BiB), gewichtet;
Repräsentative Umfrage unter 20- bis 39-Jährigen in Deutschland.
Anmerkungen: *** p=0,001; ** p=0,01; * p=0,05 (Chi²-Test nach Pearson);
Zusammengefasste Zustimmung in %: "Stimme voll und ganz zu" oder "Stimme eher zu"

© BiB 2016

... von der Ehe abhängig.

Die Heirat scheint bei Personen mit türkischem Migrationshintergrund einen wichtigen Faktor für die Definition von Familie darzustellen. Die Zustimmung ist bei Konstellationen mit unverheirateten Paaren signifikant geringer als bei Befragten ohne Migrationshintergrund. Die Wichtigkeit der Ehe zeigt sich auch bei der Betrachtung des Familienstands der Studienteilnehmer: Trotz des jungen Alters der Befragungsgruppe sind bereits knapp zwei Fünftel der Personen mit türkischem Migrationshintergrund verheiratet. Knapp zehn Prozentpunkte weniger sind es bei den Befragten ohne Migrationshintergrund (vgl. auch BMFSFJ 2010, Tucci 2008). Zudem fällt auf, dass die Befragten mit Migrationshintergrund zu über 80 % eine alleinerziehende Frau mit Kind als Familie bezeichnen würden. Käme jedoch ein neuer Partner hinzu, mit dem sie nicht verheiratet ist, würden nur noch rund 63 % diese Lebensform als Familie ansehen. Auch werden homosexuelle Paare mit eigenen Kindern mit fast 70 % als Familie betrachtet.

... da, wo Kinder sind.

Für die Befragten ohne Migrationshintergrund scheinen die Kinder etwas bedeutsamer zu sein, um von einer Familie zu sprechen. Ein kinderloses Ehepaar bezeichnen sie prozentual deutlich weniger als Familie als die türkische Vergleichsgruppe. Stattdessen definieren sie eine unverheiratete Mutter mit neuem Partner eher als Familie. Homosexuelle mit eigenen Kindern werden mit rund 90 % ebenfalls als Familie gezählt.

Die meisten wünschen sich Kinder.

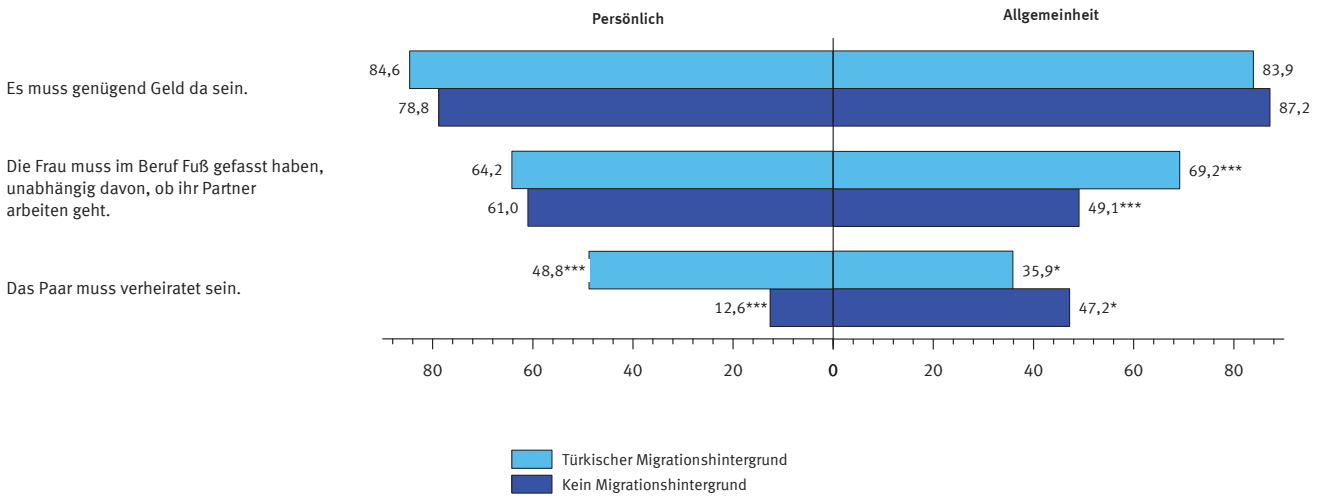
Mehrheitlich ist es den jungen Erwachsenen in Deutschland persönlich wichtig, eigene Kinder zu haben. Lediglich 9,9 % der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund und 15,7 % der Befragten ohne Migrationshintergrund geben an, dass ihnen eigene Kinder eher oder völlig unwichtig sind. Signifikante Unterschiede finden sich aber vor allem in der Abstufung der Wichtigkeit: Zwar sagen rund die Hälfte der Personen ohne Migrationshintergrund, dass ihnen eigene Kinder sehr wichtig sind, jedoch stimmen knapp ein Drittel zu, dass es ihnen eher wichtig ist (siehe Tabelle 1). Befragte mit türkischem Migrationshintergrund dagegen sehen es mit über zwei Drittel als sehr wichtig an eigene Kinder zu haben. Mit einer Differenz von über zehn Prozentpunkten stufen sie – deutlich seltener als die Vergleichsgruppe – eigene Kinder als „eher wichtig“ ein. Das kann darauf hindeuten, dass Menschen mit türkischem Migrationshintergrund der Familiengründung einen höheren Stellenwert zuweisen.

Tab. 1: Wichtigkeit eigene Kinder zu haben (in %)

	Türkischer Migrationshintergrund	Kein Migrationshintergrund
Sehr wichtig	68,0	51,6
Eher wichtig	22,1	32,7

Quelle: FLB 2012, eigene Darstellung.
Eigene Berechnungen, gewichtete Daten.
„Finden Sie es für sich selbst wichtig, eigene Kinder zu haben? ‚wichtig‘ ‚eher wichtig‘ ‚eher unwichtig‘ ‚völlig unwichtig‘“

Abb. 2: Bedingungen, um Kinder zu bekommen (in %)



Datenquelle: Familienleitbilder 2012 (BiB), gewichtet.
Repräsentative Umfrage unter 20- bis 39-Jährigen in Deutschland.
Anmerkungen: *** p=0,001; ** p=0,01; * p=0,05 (Chi²-Test nach Pearson);
Zusammengefasste Zustimmung in %: "Stimme voll und ganz zu" oder "Stimme eher zu"

© BiB 2016

Ähnliche Bedingungen für Elternschaft

Welche Bedingungen müssen eigentlich erfüllt sein, damit die Familiengründung vertretbar ist? Zunächst sollten die Befragten anhand verschiedener Aussagen zur Elternschaft angeben, inwieweit diese ihren eigenen persönlichen Vorstellungen von Familienleben entsprechen. In einem zweiten Schritt sollten sie anhand der gleichen Aussagen einschätzen, inwieweit die Allgemeinheit der (anderen) Menschen in Deutschland diese Vorstellungen teilt. Beide Befragtengruppen knüpfen die Elternschaft an ähnliche Bedingungen (siehe Abb. 2).

Finanzielle Sicherheit

Eine gute ökonomische Lage spielt als Bedingung, um Kinder zu bekommen, eine wesentliche Rolle, wenn auch für Personen mit türkischem Migrationshintergrund etwas mehr als für die Vergleichsgruppe. Die Bedeutung finanzieller Sicherheit zeigt sich auch in der Einschätzung, ob die Allgemeinheit der Meinung sei, dass sich nur Familien, die genügend Geld haben, Kinder leisten sollten. Bei beiden Gruppen glauben über 80 %, dass die Allgemeinheit dem zustimmen würde.

Berufliche Etablierung der Frau

Darüber hinaus ist bei beiden Vergleichsgruppen die Mehrheit der persönlichen Meinung, dass auch die Frau zunächst im Beruf Fuß gefasst haben sollte, unabhängig davon, ob der Partner arbeiten geht. Dabei ist die Zustimmung der Frauen signifikant höher als die der Männer und zwar sowohl bei den Befragten ohne Migrationshintergrund (Männer: 52,3 %; Frauen: 70,4 %), als auch bei denen mit türkischen Migrationshintergrund (Männer: 50,9 %; Frauen: 78,2 %). Der Gründe hierfür liegen zum einen darin, dass junge türkische Frauen aufgrund ihrer guten Ausbildung stärker auf Autonomie setzen als die älteren Generationen. Zum anderen verbergen sich hinter diesen Unterschieden auch ökonomische Aspekte. Trotzdem stellt die berufliche Stabilität der Frau eine Bedingung für die Mehrheit aller Befragten dar. Das hängt unter anderem an der finanziellen Stabilität für Familien, die mit dem Wiedereinstieg der Frau ins Berufsleben besser gewährleistet ist und (im Fall einer Trennung) der Frau größere finanzielle Selbstständigkeit ermöglicht. Darüber hinaus kann es ein Anzeichen für die Überwindung der traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung darstellen. (vgl. Steinbach 2009; Nauck 1985). Die allgemeine Meinung hingegen schätzen die Befragten ohne Migrationshintergrund 20 Prozentpunkte niedriger ein als die Vergleichgruppe.

(Un-)Eheliche Kinder

Während knapp jeder Zweite mit türkischem Migrationshintergrund die Hochzeit als persönliche Bedingung für Elternschaft sieht, stimmen dem nur rund ein Achtel

ohne Migrationshintergrund zu, was sich aus einer traditionellen Werthaltung bei den türkischen Befragten ergibt (vgl. Diehl et al. 2009). Wie schon bei der Definition von Familie zu erkennen war, unterscheidet sich hier die Wichtigkeit der Institution Ehe (vgl. Naderi 2008). Interessant ist dabei auch ein Blick auf die wahrgenommene Meinung der Allgemeinheit: Obwohl die Befragten ohne Migrationshintergrund persönlich die Ehe nicht als wichtige Bedingung für ein Kind definieren, sind 47,2 % der Meinung, dass die Gesellschaft dies jedoch so sieht. Hingegen haben die Personen mit türkischem Migrationshintergrund eine andere Wahrnehmung der allgemeinen Einstellung zu diesem Thema: nur knapp 36 % sehen eine Zustimmung der Ehe als Bedingung für Elternschaft. Vermutlich nehmen hier Befragte mit türkischen Wurzeln häufiger wahr, dass ihr Lebensentwurf in der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr so oft vorkommt.

Ideales Erstgebäralter von Mann und Frau

Die Studienteilnehmer wurden gefragt, was sie als das ideale Erstgebäralter für Frauen und Männer ansehen. Dabei konnte mit einem konkreten Alter oder einer Altersspanne geantwortet werden. Es zeigt sich, dass Männer und Frauen mit türkischem Migrationshintergrund das ideale Erstgebäralter für Frauen im Durchschnitt bei 25,5 Jahren ansetzen. Während die Männer dieser Vergleichsgruppe nicht weit von diesem Wert abweichen, schätzen Frauen türkischer Herkunft selbst das Idealalter für das erste Kind knapp zwei Jahre höher ein. Der Durchschnitt der Befragten ohne Migrationshintergrund setzt das Idealalter der Frau für die Erstgeburt zwei Jahre höher an als die Vergleichgruppe. Auch hier geben die Männer ein geringeres Alter an als die Frauen, jedoch mit einer deutlich niedrigeren Differenz von einem halben Jahr. Weibliche Befragte aus beiden Vergleichsgruppen sehen 27,5 Jahre als das ideale Gebäralter an.

Bei der Betrachtung des idealen Alters für die Familiengründung bei Männern fällt auf, dass dies in beiden Vergleichsgruppen höher angesiedelt wird (siehe Tabelle 2). Dabei schätzen Männer ohne Migrationshintergrund das männliche Idealalter mit 28 Jahren etwas geringer ein, als Frauen ohne Migrationshintergrund (30 Jahre). Personen mit türkischem Migrationshintergrund siedeln das ideale Alter für den Mann ein Jahr niedriger an, wobei Männer mit türkischer Herkunft dieses niedriger ansetzen als Frauen mit türkischem Migrationshintergrund, die das Ideal, wie die Frauen ohne Migrationshintergrund, bei 30 Jahren sehen. Wie können diese Unterschiede erklärt werden?

Tabelle 2: Medianes Idealalter für das erste Kind

	Türkischer Migrationshintergrund		Kein Migrationshintergrund	
Idealalter für Frauen	25,5		27,5	
	♀ 27,5	♂ 25,0	♀ 27,5	♂ 27,0
Idealalter für Männer	28,0		29,0	
	♀ 30,0	♂ 27,0	♀ 30,0	♂ 28,0

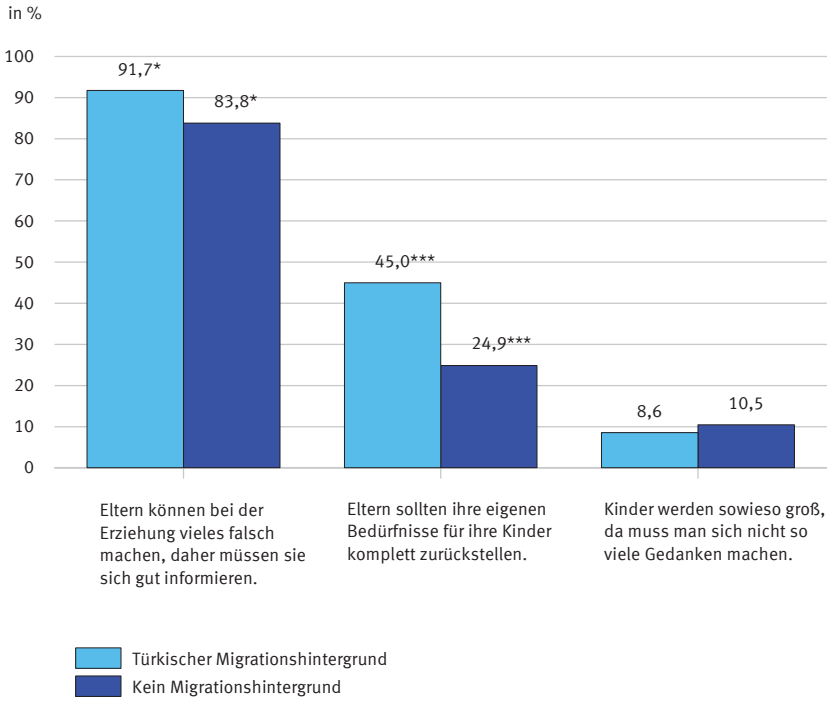
Quelle: FLB 2012. ♀= weibl. Befragte; ♂=männl. Befragte
Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, gewichtete Daten.

Partnerpräferenzen und Ausbildungsdauer

Das unterschiedliche ideale Erstgebäralter für Männer und Frauen könnte sich durch ein Leitbild erklären lassen: Dorbritz und Ruckdeschel (2015) (vgl. auch Buss (2003) und Hasenkamp et al. (2005)) sprechen davon, dass Frauen in Partnerschaften häufiger jünger sind als ihre Partner. Außerdem wird in der Gesellschaft weiterhin das Leitbild des männlichen „Familienernährers“ als weit verbreitet wahrgenommen (Lück 2015). Um diesem gerecht zu werden, muss eine berufliche Etablierung vorangegangen sein.

Der Unterschied von zwei Jahren im Idealalter beim ersten Kind für Frauen mit türkischem und ohne Migrationshintergrund und von einem Jahr bei den Männern kann ebenfalls mit der Ausbildungsdauer erklärt werden. Da knapp 10 Prozentpunkte mehr bei hochgebildeten Frauen und knapp 21 Prozentpunkte mehr bei den Männern ohne Migrationshintergrund zu verzeichnen sind, kann davon ausgegangen werden, dass die schulische und berufliche Ausbildung in der Regel länger dauert. Das führt zu einer späteren Etablierung im Berufsleben, wodurch erst eine finanzielle Absicherung ermöglicht wird. All dies beeinflusst natürlich die Einschätzung des idealen Erstgebäralters und resultiert darin, dass Akademikerinnen und Akademiker später Kinder bekommen (Bujard und Lück 2015).

Abb. 3: Vorstellungen zur Gestaltung von Elternschaft



Datenquelle: Familienleitbilder 2012 (BiB), gewichtet;
Repräsentative Umfrage unter 20- bis 39-Jährigen in Deutschland.
Anmerkungen: *** p=0,001; ** p=0,01; * p=0,05 (Chi²-Test nach Pearson);
Zusammengefasste Zustimmung in %: "Stimme voll und ganz zu" oder "Stimme eher zu". © BiB 2016

Hohes Verantwortungsbewusstsein in Erziehungsfragen

Beide Vergleichsgruppen sind mit breiter Mehrheit davon überzeugt, dass Kinder zum Leben dazu gehören und dass das Leben durch sie bunter wird. Doch sollten Eltern deswegen ihre eigenen Bedürfnisse komplett zurückstellen?

Eigene Bedürfnisse komplett zurückstellen?

In dieser Frage unterscheiden sich Befragte mit türkischem und ohne Migrationshintergrund signifikant voneinander (siehe Abb.3). Zwar lehnt in beiden Gruppen die Mehrheit dies ab, jedoch ist die Zustimmung bei Personen mit türkischer Herkunft deutlich größer (um rund 20 Prozentpunkte). Eine große Mehrheit aller befragten Personen sieht aber die Aufgaben und große Verantwortung, die Kindererziehung mit sich bringt (Ruckdeschel 2015, Diabaté et al. 2015).

Reflektieren und informieren

Lediglich rund ein Zehntel der Befragten ohne Migrationshintergrund glaubt, dass Kinder sowieso groß werden und man sich deswegen nicht so viele Gedanken machen muss. Eine breite Mehrheit glaubt zudem, dass man in der Erziehung viel falsch machen kann und sich daher gut informieren muss. Unter den Personen mit türkischem Migrationshintergrund liegt die Zustimmung bzw. Ablehnung in beiden Fragen sogar unter einem Zehntel. Interessant ist dabei, dass Frauen weniger als Männer der Auffassung sind, dass man in der Erziehung viel falsch machen kann und sich daher gut informieren muss. Bei Frauen ohne Migrationshintergrund ist die Ablehnung sogar knapp 10 Prozentpunkte höher. Es lässt sich also im Umkehrschluss sagen, dass Männer den größeren Informationsbedarf haben. Diese Ergebnisse legen nahe, dass die fehlende Alltagserfahrung in der Betreuung der Kinder bei den Vätern zu einer Verunsicherung und damit zu einem gesteigerten Informationsbedarf führt (Ruckdeschel 2015; Nave-Herz 2012; Quaiser-Pohl 2001).

Fazit

Insgesamt ist festzustellen, dass es durchaus Unterschiede in Bezug auf Familienleitbilder zwischen Personen mit türkischer Herkunft und Personen ohne Migrationshintergrund gibt. Diese sind allerdings oftmals nicht so groß wie erwartet. Die Ehe hat für Personen mit türkischem Migrationshintergrund einen höheren Stellenwert und sie sind eher der Auffassung, dass Eltern für ihre Kinder die eigenen Bedürfnisse komplett zurückstellen sollten.

Aufgrund der ansonsten überwiegenden Ähnlichkeiten in Bezug auf Familienleitbilder und in Anbetracht der Tatsache, dass eine junge Altersgruppe untersucht wurde, kann folgende These aufgestellt werden: Die Sozialisation durch das deutsche (Aus-)Bildungssystem und der vermehrte Kontakt zu gleichaltrigen Freundinnen und Freunden sowie Lebenspartnern und Lebenspartnerinnen ohne Migrationshintergrund werden über die nachfolgenden Generationen zu einer Annährung der Familienleitbilder führen (Gründler 2012). Menschen mit türkischem Migrationshintergrund werden sich durch

ihre Integration weiter den Familienleitbildern der Mehrheitsgesellschaft anpassen. Schon jetzt sind sich junge Erwachsene mit und ohne türkischen Migrationshintergrund ähnlicher als man denkt.

Literatur

Arslan, Emre (2009): Der Mythos der Nation im transnationalen Raum. Türkische Graue Wölfe in Deutschland. 1. Auflage Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.

Bujard, Martin; Lück, Detlev (2015): Kinderlosigkeit und Kinderreichtum: Zwei Phänomene und ihre unterschiedlichen theoretischen Erklärungen. BiB Working Paper 1/2015. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2010): Ehe, Familie, Werte – Migrantinnen und Migranten in Deutschland. In: Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Band 24. Berlin.

Buss, David M. (2003): The Evolution of Desire. Strategies of Human mating. Revised Edition 4. New York: Basic Books.

Diabaté, Sabine; Lück, Detlev (2014): Familienleitbilder – Identifikation und Wirkungsweise auf generatives Verhalten. In: Zeitschrift für Familienforschung 26, 1: 49-70.

Diabaté, Sabine; Dorbritz, Jürgen; Lück, Detlev; Naderi, Robert; Ruckdeschel, Kerstin; Schiefer, Katrin; Schneider, Norbert F. (2015): Familienleitbilder – Muss alles perfekt sein? Leitbilder zur Elternschaft in Deutschland. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Diehl, Claudia; Koenig, Matthias; Ruckdeschel, Kerstin (2009): Religiosity and gender equality: comparing natives and Muslim migrants in Germany. In: Ethnic and Racial Studies 32, 278-301.

Dorbritz, Jürgen; Ruckdeschel, Kerstin (2015): Heirat, Haus, Kinder? In: Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Opladen: Budrich.

Gründler, Sabine (2012): Partnerschaftszufriedenheit von Deutschen und türkischen Migranten. Der Einfluss soziologischer und sozialpsychologischer Determinanten auf Partnerschaften. Wiesbaden: Springer VS.

Hasenkamp, Andrea; Kümmerling, Angelika; Hassebrauck, Manfred (2005): Blinder Mann sucht schöne Frau? Evolutionspsychologische und soziokulturelle Erklärungsansätze der Partnerwahl. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie 36, 2: 77-89.

Lück, Detlev (2015): Vaterleitbilder: Ernährer und Erzieher? In: Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Opladen: Budrich: 227-246.

Lück, Detlev; Diabaté, Sabine (2015): Familienleitbilder: Ein theoretisches Konzept. In: Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Opladen: Budrich: 20-28.

Lück, Detlev; Naderi, Robert; Ruckdeschel, Kerstin (2015): Zur Messung von Familienleitbildern: Studiendesign und Operationalisierung. In: Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Opladen: Budrich: 29-43.

Naderi, Robert (2008): Ehen und nichteheliche Lebensgemeinschaften im Lebensverlauf von Deutschen und türkischen Staatsbürgern in Deutschland. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 33, 433- 448.

Nave-Herz, Rosemarie (2012): Familie im Wandel? Elternschaft im Wandel? In: Karin Böllert und Corinna Peter (Hrsg.): Mutter + Vater = Eltern? Sozialer Wandel, Elternrollen und Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer VS: 33-49.

Nauck, Bernhard (1985): „Heimliches Matriarchat“ in Familien türkischer Arbeitsmigranten? Empirische Ergebnisse zu Veränderungen der Entscheidungsmacht und Aufgabenallokation. In: Zeitschrift für Soziologie 14, 450-465.

Quaiser-Pohl, Claudia (2001): Deutsche Eltern im interkulturellen Vergleich. In: Horst Nickel und Claudia Quaiser-Pohl (Hrsg.): Junge Eltern im kulturellen Wandel. Untersuchungen zur Familiengründung im internationalen Vergleich. Weinheim: Juventa Verl: 301-310.

Ruckdeschel, Kerstin (2015): Verantwortete Elternschaft. „Für die Kinder nur das Beste“. In: Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Opladen: Budrich: 191-205.

Schneider, Norbert F.; Diabaté, Sabine; Ruckdeschel, Kerstin (2015): Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Opladen: Budrich

Statistisches Bundesamt (2013): Zensus 2011: Ausgewählte Ergebnisse. Tabellenband zur Pressekonferenz am 31. Mai 2013 in Berlin. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2014): Methodische Bemerkungen und Übersicht über die Ergebnisse. In: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: 5-8.

Steinbach, Anja (2009): Die häusliche Aufgabenteilung bei Paaren mit türkischem Migrationshintergrund und einheimischen deutschen Paaren im Vergleich. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 34, 79-104.

Tucci, Ingrid (2008): Lebenssituation von Zuwanderern und deren Nachkommen in Deutschland. In: Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit WZB und GESIS-ZUMA (Hrsg.): Datenreport. Bonn: 200-207.

Evelyn Grünheid

Flüchtlinge und Asylbewerber

Mit dem Krieg in Syrien und der massenhaften Flucht von Menschen aus den Kriegsgebieten hat das Thema Flüchtlinge im aktuellen Tagesgeschehen massiv an Bedeutung gewonnen. Mit 442.000 registrierten Asylanträgen vervierfachte sich 2015 diese Zahl in Deutschland gegenüber dem Wert von 2013 und erreichte einen neuen Höhepunkt nach den Flüchtlingsbewegungen zu Beginn der 1990er Jahre im Zusammenhang mit der Krise auf dem Balkan.

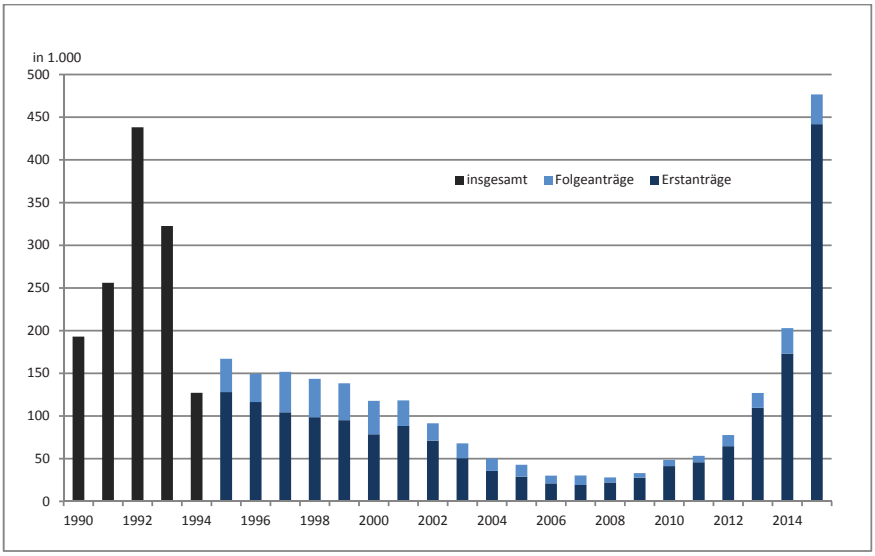
Im deutschen Sprachgebrauch werden die Begriffe „Flüchtlinge" und „Asylbewerber" nahezu identisch verwendet. Die Rechtsgrundlagen, die dem Status des Flüchtlings bzw. Asylbewerbers zugrunde liegen, beruhen allerdings inzwischen auf einer Vielzahl unterschiedlicher Regelungen. Diese sind festgelegt zum einen in der Genfer Flüchtlingskonvention und zum anderen in Deutschland im Grundgesetz und im Aufenthaltsgesetz.

Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind Menschen, die aufgrund äußerer Umstände ihre Heimat verlassen müssen. In Artikel 1A dieser Konvention ist dazu festgelegt: Ein Flüchtling ist eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will." Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) erweitert diesen Begriff dahingehend, dass alle Menschen einen internationalen Schutz benötigen, wenn ihr eigener Staat diesen nicht mehr gewährleisten kann oder will – z. B. aufgrund von Bürgerkrieg. Zusätzlich haben politisch verfolgte Flüchtlinge in Deutschland nach Artikel 16a Absatz 1 des Grundgesetzes ein Recht auf Asyl. Hinzu kommen die verschiedenen Möglichkeiten des Schutzes nach dem Aufenthaltsgesetz.

Ende 2015 lebten mehr als 951.200 Personen als Flüchtling in Deutschland, deren Aufenthaltsstatus sich rechtlich wie folgt unterscheidet:

- Fast 211.100 Menschen sind nach der Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge anerkannt. Rund 80 % von ihnen stammen aus vier Ländern, aus Syrien, dem Irak, dem Iran und Afghanistan. Knapp 60 % dieser Flüchtlinge haben ein befristetes Aufenthaltsrecht, rund jeder Vierte verfügt über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht.
- Weitere 39.600 Menschen sind asylberechtigt, 80 % von ihnen mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht.
- Rund 49.800 Personen wird ein subsidärer Schutz nach §25 des Aufenthaltsgesetzes gewährt (Menschen, denen im Herkunfts-

Abb.: Registrierte Asylanträge*, Deutschland 1990 bis 2015



*Bis 1994 nur Erst- und Folgeanträge insgesamt
Datenquelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

land ein ernsthafter Schaden für Leib und Leben droht).

- Rund 61.500 Personen verfügen über eine Aufenthaltserlaubnis infolge von Bleiberechtsregelungen, (nach §18a, §25a, §23 Absatz 1 und 2 sowie §104a des Aufenthaltsgesetzes).
- 49.900 Personen haben eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund langjährigen Aufenthalts und unzumutbarer Ausreisemöglichkeit (§25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes).
- 24.700 Personen haben eine Aufenthaltserlaubnis aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen oder aus erheblichen öffentlichen Interessen (§25 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes).
- Bei 6.200 Personen beruht die Aufenthaltserlaubnis auf einer individuellen Härtefallentscheidung (nach §23 des Aufenthaltsgesetzes).
- Hinzu kommen 155.300 geduldete Flüchtlinge und 350.600 noch nicht anerkannte Flüchtlinge (mit einer Aufenthaltsgestattung).

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/7800, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten … und der Fraktion DIE LINKE. Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2015

Rückblick

DGD-Jahrestagung 2016 beleuchtet aktuelles Zuwanderungsgeschehen

Neben aktuellen Forschungsergebnissen aus der demografischen Wissenschaft wurde bei der diesjährigen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie vom 9. bis 11. März 2016 unter dem Motto „Aktuelle und internationale Herausforderungen der Demografie" in Leipzig auch das Flüchtlingsgeschehen analysiert. So widmete sich eine Podiumsdiskussion der Frage, inwieweit der derzeitige Zustrom an Flüchtlingen zu einer Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt und im Hinblick auf die demografische Alterung beitragen kann. Zudem stellten auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem BiB aktuelle Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit aus unterschiedlichen Bereichen vor.

Immigration löst nicht Herausforderungen des demografischen Wandels

In der Podiumsrunde kamen Prof. Dr. Gabriele Doblhammer (Universität Rostock), Prof. Dr. Horst Weishaupt (Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung) sowie Prof. Dr. Joachim Ragnitz vom Ifo-Institut Dresden übereinstimmend zu dem Schluss, dass der Flüchtlingsstrom letztlich die Probleme des Arbeitsmarktes und der demografischen Alterung keineswegs nachhaltig zu lösen vermag.

Kann Zuwanderung die Herausforderungen des demografischen Wandels lösen? Eher nicht, meinten in der Podiumsdiskussion von links Prof. Dr. Horst Weishaupt (Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung), Prof. Dr. Gabriele Doblhammer (Universität Rostock) sowie Prof. Dr. Joachim Ragnitz vom Ifo-Institut Dresden. Moderiert wurde die Runde von Carsten Köppl (Behördenspiegel, 2. von links). (Bild: Michael Mühlichen, BiB)

Vielmehr zeigten erste Erhebungen, dass der überwiegende Teil der Flüchtlinge nicht ausreichend qualifiziert ist, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Professor Weishaupt betonte, dass es auf lange Sicht besser ist, jetzt Geld in die Integration und Weiterqualifizierung der Menschen mit Migrationshintergrund (einschließlich derer, die bereits in zweiter oder dritter Generation hier leben) zu investieren, als es später für soziale Hilfeleistungen ausgeben zu müssen. Auf die Frage, ob die Flüchtlinge eher auf die schrumpfenden, ländlichen Räume verteilt werden sollten, zeigte sich Prof. Ragnitz in Anbetracht des mangelnden Angebots an Arbeitsplätzen skeptisch, während Prof. Weishaupt für eine differenzierte Sicht eintrat. Prof. Doblhammer wies vor allem auf die aktuell schlechte Datenlage hin, die es erschwert, Aussagen in Bezug auf die Flüchtlinge zu treffen. Sie plädierte dafür, dass die Politik Hürden abbauen muss, um so zu einer Verbesserung der Daten zu gelangen.

Alterung wird nur verlangsamt – aber durch Immigration nicht aufgehalten

In seiner Eröffnungsrede zur Tagung mit rund 200 Teilnehmern bestätigte auch der Präsident der DGD, Prof. Dr. Tilman Mayer, die von Demografen seit Jahrzehnten vertretene Meinung, dass Immigration Alterung nur verlangsamen, aber nicht aufhalten kann. Zudem setzt die Erwartung mancher Ökonomen, dass die Flüchtlingsbewegung die Facharbeiterlücke füllen könne, angesichts eines bisher beobachteten begrenzten Anteils bildungsaffiner Zuwanderer gewaltige Integrationsanstrengungen voraus, um diese Defizite zu beheben, betonte Prof. Mayer. Er plädierte für eine kontrollierte Zuwanderung nach Deutschland, die auch von der Bevölkerung mitgetragen werden muss. Darüber hinaus rücken vor dieser Diskussion die anderen großen Themen des demografischen Wandels, wie etwa die noch immer existente Fertilitätsschwäche, in den Hintergrund. Deutschland hat aus demografischer Sicht mehr als genug Herausforderungen, für die eine Lösung gefunden werden muss, forderte er.

Der demografische Wandel in Sachsen

Im Anschluss daran hob der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, die Chancen des demografischen Wandels gerade für Sachsen hervor. Das Land und vor allem die Kommunen wirkten bereits seit längerem aktiv an der Gestaltung des Wandels mit unterschiedlichen Modellvorhaben und Initiativen mit. So setzte die Verwaltung beispielsweise in einigen Regionen auf mobile Bürgerterminals, um möglichst kurze Wege zwischen Bürgern und Ämtern zu schaffen. Zudem sei der Freistaat bereits seit 2007 bei der Gestaltung der Herausforderungen des demografischen Wandels mit der Unterstützung von Vereinen, Kommunen und Verbänden aktiv, so der Ministerpräsident. Er ging auch auf die aktuelle Flüchtlingsdebatte ein und wies darauf hin, dass nicht alle Flüchtlinge dauerhaft hierbleiben werden. Zudem löse Zuwanderung auch nicht alle demografischen Probleme. Allerdings sehe er diejenigen, die bleiben und sich gut integrieren lassen, als Gewinn für Sachsen, meinte er.

Kein Industrieland altert und schrumpft gegenwärtig so schnell wie Japan. Ein Vergleich der Länder *Deutschland und Japan ist insofern sinnvoll, weil sich vergleichbare demografische Trends in beiden Gesellschaften zeigen. Welche das sind, stellte der Soziologe Prof. Dr. Toshihiko Hara von der City-Universität Sapporo, Japan in seiner Keynote vor. (Bild: Wolfgang Weiß, Universität Greifswald)*

Schrumpfende und alternde Gesellschaften: Deutschland und Japan

Wie sich der demografische Wandel in Japan im Vergleich zu Deutschland entwickelt, zeigte Prof. Dr. Toshihiko Hara in seiner Keynote. Er wies darauf hin, dass Deutschland und Japan deutliche Ähnlichkeiten aufweisen. So wird in beiden Ländern zum Beispiel Kinderlosigkeit zunehmend akzeptiert. Zudem zeigt sich ein Trend zur späteren Geburt in beiden Ländern. Dagegen hat die Ehe in Japan einen deutlich höheren Stellenwert und ist für die Familiengründung wichtiger als in Deutschland. Insgesamt hat sich seit 2015 in Japan eine Wende von der Familien- zur Bevölkerungspolitik vollzogen. Neues erklärtes politisches Ziel ist die Suche nach politischen Mitteln für die Realisierung der gewünschten Kinderzahl, betonte Prof. Hara.

Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich sieht den Freistaat gut aufgestellt bei der Bewältigung des demografischen Wandels. Schließlich seien Land und Kommunen bereits seit mehreren Jahren mit zahlreichen Modellvorhaben aktiv, betonte er. (Bild: Wolfgang Weiß, Universität Greifswald)

Vorträge zu aktuellen Forschungsthemen aus dem BiB

Auch in diesem Jahr wurden in insgesamt 14 Sessions aktuelle Projekte und Ergebnisse aus den unterschiedlichen Forschungsbereichen der Demografie vorgestellt. Dabei waren auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem BiB. Hier ein Überblick über die vorgestellten Beiträge:

- Schwächt sich der Zusammenhang zwischen Kinderlosigkeit und Bildung ab?

Dieser Frage ging Dr. Martin Bujard nach. Er zeigte zunächst, dass sich die Trends der Kinderlosigkeit zwischen verschiedenen Gruppen erheblich unterscheiden. So ist mittlerweile bei niedrig gebildeten Frauen ohne Migrationshintergrund ein starker Anstieg der Kinderlosigkeit erkennbar, betonte Dr. Bujard. Dagegen ist die Kinderlo-

sigkeit bei Akademikerinnen ab den 1970er Jahrgängen wieder rückläufig. Denkbare Ursachen für diese Entwicklung hierfür sind zum einen eine Diffusion des Lebensstils von urbanen Akademikern in andere soziale Gruppen und zum anderen Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen wie Elterngeld oder Kita-Ausbau. Auch Fortschritte in der Reproduktionsmedizin könnten sich hier auswirken, meinte Dr. Bujard.

- Familienleitbilder in Deutschland und Frankreich

Wie unterscheiden sich Familienleitbilder in Deutschland und Frankreich in Bezug auf Partnerschaft und Familie? In ihrem Beitrag stellte Kerstin Ruckdeschel (in Zusammenarbeit mit Sabine Diabaté) zunächst das Konzept der Familienleitbilder vor und ging auf zentrale demografische Unterschiede in Deutschland und Frankreich ein. Auf der Basis von Ergebnissen der Familienleitbildstudie des BiB und der französischen Studie „Étude Longitudinale par Internet pour les Sciences Sociales (ELLIPS) suchte sie Antworten auf die Frage, ob sich unterschiedliche Familienleitbilder in Deutschland und Frankreich aufzeigen lassen und inwieweit sie den Kinderwunsch beeinflussen. Ihre Analysen belegen die Existenz unterschiedlicher Leitbilder in beiden Ländern, die das gesellschaftliche Klima bestimmen. So dominiert in Frankreich eine Selbstverständlichkeit von Elternschaft, während sich in Deutschland eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit nachweisen lässt. Zudem wird in Frankreich externe Kinderbetreuung und die Erwerbstätigkeit von Müttern in höherem Maße akzeptiert als in Deutschland, analysierte Frau Ruckdeschel.

Aus den Ergebnissen geht hervor, dass die Übernahme von Modellen anderer Länder zur Geburtenförderung, wie zum Beispiel Vereinbarkeitsmodelle, mit Bedacht geschehen muss. Dabei darf vor allem der kulturelle Aspekt nicht außer Acht gelassen werden. So müssen Leitbilder, die in Deutschland stark vertreten sind – wie verantwortete Elternschaft, die fürsorgende Mutter oder das Bild des neuen Vaters – mit berücksichtigt werden.

- Erfahrungen spanischer Neuzuwanderer beim Arbeitsmarkteinstieg in Deutschland

Welche Erfahrungen machen spanische Neuzuwanderer, wenn sie nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten? Dazu präsentierte Lenore Sauer erste Forschungsergebnisse (in Zusammenarbeit mit Susanne Stedtfeld und Andreas Ette vom BiB). In Spanien führte die Wirtschaftskrise der letzten Jahre zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Derzeit stehen vor allem junge Menschen vor der Herausforderung, den Einstieg in einen für sie verschlossenen Arbeitsmarkt zu realisieren. Vor dem Hintergrund der europäischen Integration betonte Frau Sauer die idealen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Migration von Spanien nach Deutschland. So gibt es zum einen Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt und zum anderen verfügen junge Spanierinnen und Spanier über passende Profile für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration. So haben letztere sich in den vergangenen Jahren vermehrt dazu entschlossen, ihren Arbeitsmarkteinstieg in Deutschland zu realisieren. Dennoch kehrt ein signifikanter Anteil von ihnen innerhalb eines Jahres nach Spanien zurück. Welchen Herausforderungen begegnen sie also in Deutschland? Welche Erwartungen, Erfahrungen und Ziele stecken hinter dieser Migration? Gelingt der Arbeitsmarkteinstieg beziehungsweise warum ist dies nicht der Fall?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden 2015 insgesamt 33 qualitative Interviews mit spanischen Zuwanderern im Alter zwischen 25 und 35 Jahren geführt, die 2014 und 2015 ins Rhein-Main-Gebiet gezogen sind. Die Befragten erklärten ihre Motive für den Zuzug nach Deutschland und gingen dabei auch auf ihre Ausgangssituation in Spanien sowie auf ihre Erfahrungen in Deutschland ein. Erste Auswertungen der Interviews zeigen, dass die Krise in Spanien sehr unterschiedlich auf die Lebensläufe dieser jungen Menschen wirkt. Obwohl sie mit ihrem Zuzug nach Deutschland ähnlich gehandelt haben, zeigen sich unterschiedliche Muster bei der Begründung dieser Handlung. Während eine Gruppe sich von der Krise bedroht dazu gezwungen sah, Spanien verlassen zu müssen, empfand es eine andere Gruppe eher als Ermöglichung und Eröffnung neuer Chancen in Bezug auf Lebens- und Arbeitsperspektiven. Es zeigten sich zudem große Unterschiede hinsichtlich der Strategien und Wege des Nach-Deutschland-Kommens sowie unterschiedliche Ansprüche bei der sozialen Integration und bei der Aufnahme einer Beschäftigung. In den nächsten Monaten ist eine Wiederholungsbefragung geplant, um die weitere Entwicklung der Befragten zu verfolgen (2. Welle). Auch soll den Fragen nachgegangen werden, welche Rolle Netzwerken und dem Geschlecht zukommt.

• Höhere Lebenserwartung und Gesundheitszustand

Mit der ungebremsten Zunahme der Lebenserwartung nimmt zugleich auch die Zahl chronischer Krankheiten zu. Aber führt der Anstieg der Lebenserwartung tatsächlich zu einem höheren Erkrankungsrisiko für chronische Erkrankungen und einem wahrscheinlicheren Tod durch eine Infektionskrankheit? Antworten auf diese Frage suchte Dr. Ronny Westermann vom am BiB angesiedelten Kompetenzzentrum Mortalitäts-Follow-Up der Nationalen Kohorte (in Kooperation mit Frederik Peters vom Institut für Soziologie und Demographie, Rostock) in seinem Beitrag. Auf der Basis von Daten aus acht europäischen Ländern (Österreich, Dänemark, Finnland, Griechenland, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schottland) des ERA-EDTA-Registers und der Todesursachendatenbank der WHO untersuchte er zwischen 2000 und 2013 Variationen in der Inzidenz, also der Häufigkeit von Neuerkrankungen an einer Krankheit im Zeitverlauf, sowie der Prävalenz (d.h. Krankheitshäufigkeit im aktuellen Zustand) der Nierenersatztherapie sowie der Sepsissterblichkeit. Damit soll getestet werden, ob der Anstieg in der Sepsissterblichkeit möglicherweise mit einer steigenden Prävalenz des Verlustes der Nierenfunktion einhergeht. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass mit Ausnahme von Griechenland und Dänemark das Lebenszeitrisiko einer Nierenersatztherapie sinkt und vor allem in Skandinavien das Lebenszeitrisiko für die Sepsis Sterblichkeit steigt, so Dr. Westerman. Die bisherigen Resultate bestätigen nicht die eingangs gestellte Frage und weisen vielmehr darauf hin, dass ein längeres Leben in Gesundheit möglich ist.

Mitglieder des alten und neuen Vorstandes vereint: Der bisherige Präsident Prof. Dr. Tilman Mayer (5. von links) übergibt seine Amtsgeschäfte an die neue DGD-Präsidentin Prof. Dr. Gabriele Doblhammer (6. von links). Neuer Vizepräsident ist der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider (links im Bild).
Von links nach rechts:
Prof. Dr. Norbert F. Schneider, Dr. Bettina Sommer (StBA, Wiesbaden), Dr. Jürgen Dorbritz (BiB), Dr. Elke Hoffmann (Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin), Prof. Dr. Tilman Mayer (Uni Bonn), Prof. Dr. Gabriele Doblhammer (Uni Rostock), Dr. Rembrandt Scholz (Rostock), Dr. Christina Westphal (Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels), Dr. Stefan Fuchs (Uni Bonn), Prof. Dr. Sonja Haug (Uni Regensburg) und Dr. Steffen Maretzke (BBSR, Bonn).
(Bild: Michael Mühlichen, BiB)

Prof. Dr. Doblhammer neue Präsidentin der DGD

Neben einem umfangreichen inhaltlichen Programm wurde im Rahmen der Tagung auch der Vorstand der DGD neugewählt. Danach ist Prof. Dr. Gabriele Doblhammer (Universität Rostock) die neue Präsidentin. Sie löst den bisherigen Präsidenten Prof. Dr. Tilman Mayer ab, der das Amt sechs Jahre innehatte.

Zum Vizepräsident wurde der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider gewählt. Die restlichen Mitglieder des neuen Vorstandes heißen Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld (Hertie School of Governance, Berlin), Dr. Bettina Sommer (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden), sowie Dr. Elke Hoffmann (Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin). Neue Geschäftsführerin ist Dr. Christina Westphal (Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels).

Bernhard Gückel, BiB

Mit welchen Absichten kommen Menschen nach Deutschland? – Prof. Dr. Norbert F. Schneider über die Forschungslage zur Bleibeabsicht von Migranten beim Berliner Demografie Forum 2016

Im Rahmen des fünften Berliner Demografie Forums am 24. und 25. Februar 2016 zum Thema „Arbeit – Lebenschancen – Wohlstand“ äußerte sich der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, unter anderem zur sozialwissenschaftlichen Forschungslage über die aktuelle Zuwanderungssituation. Dabei betonte er, dass es gegenwärtig so gut wie keine Informationen über die Bleibeabsichten von Flüchtlingen gebe.

Hier stehen wir vor einem zentralen Problem, da wir uns in der Forschung komplett neu aufstellen müssen, um in Erfahrung zu bringen, mit welchen Absichten die Menschen nach Deutschland kommen, analysierte der Soziologe. Von großer Bedeutung sei auch, woher die Menschen kommen.

Was die aktuelle Migrationslage angehe, so gelte es zu unterscheiden zwischen den einzelnen Zuwanderergruppen. Es gebe zum einen Migranten, die im Zuge der offenen Grenzen in Europa aus anderen Drittstaaten zuwanderten und zum anderen Menschen, die aus einer lebensbedrohlichen Lage in ihren Heimatländern zu uns kommen. Dabei sei klar, dass vor allem Migranten mit einem klaren Arbeitsmarktbezug nur temporäre Bleibeabsichten haben. Migration habe in diesem Zusammenhang den Charakter von Pendelmobilität zwischen dem Heimatland und dem Land, in dem gearbeitet werde. Prof. Schneider wies darauf hin, dass Migration heute immer weniger bedeute, dass jemand von A nach B wandere und dort bleibe. Letztlich könne die Migrationsentwicklung aber zum Wachstumsmotor für die überalterten Gesellschaften werden, betonte er im Rahmen der Podiumsdiskussion des Forums. Dies gilt besonders auch für Deutschland.

Die Arbeitswelt wird sich im Zuge der Digitalisierung verändern – nur wie?

Im Zentrum des Forums stand neben der Integration von Flüchtlingen auch das Thema Wandel der Arbeitswelt. Dabei diskutierten Wissenschaftler, Politiker und Vertreter der Wirtschaft vor über 200 Teilnehmern über die Arbeitswelt der Zukunft sowie die Sicherung des Rentensystems und den Einfluss der Migrationsgeschehens auf die demografische Entwicklung. Aktuell vorhandenen Befürchtungen über den Wegfall von Arbeitsplätzen im Zuge der Digitalisierung der Arbeit in immer mehr Branchen erteilte die Mehrheit der anwesenden Fachleute eine klare Absage. Dabei wurde in der Diskussion auch deutlich, wie schwierig es ist, Prognosen über neu entstehende Arbeitsplätze zu treffen. Einig waren sich die Teilnehmer des Forums darin, dass die ganze Gesellschaft mit der Digitalisierung und der Integration der Flüchtlinge vor großen und dringenden Aufgaben steht.

Bernhard Gückel, BiB

Mehr Infos zum BDF 2016 unter

https://www.berlinerdemografieforum.org/de/

Das BiB in den Medien

Mehr Zeit und längere Wege für den Weg zur Arbeit: Dr. Heiko Rüger in den Sendungen „RTL Aktuell“ und „RTL Nachtjournal“ am 22. Februar 2016 sowie im Interview mit der „Hannoverschen Neuen Presse“ vom 12. März 2016 über das gestiegene Pendelgeschehen und die Folgen

Der Zeitaufwand für das Pendeln zur Arbeitsstätte ist in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Zugleich wuchsen auch die zurückgelegten Distanzen, wie Dr. Heiko Rüger vom BiB betont. Eine Analyse des BiB im Rahmen der Publikationsreihe „Grafik des Monats“ vom Monat Februar bestätigt diese Entwicklung auf der Basis von Daten des Mikrozensus.

Die Erwerbstätigen wohnen immer weiter entfernt von ihrem Arbeitsplatz und die Anfahrt dauert immer länger. Dr. Heiko Rüger im Interview mit „RTL Aktuell" zu den Ursachen und Auswirkungen. (Bild: RTL)

Demnach erreichten 1991 31,8 % der Erwerbstätigen den Arbeitsplatz in weniger als 10 Minuten; dagegen waren es im Jahr 2012 nur noch 27,2 %. Gleichzeitig nahmen lange Pendeldauern zu: Benötigten 1991 20,4 % der Erwerbstätigen in Deutschland 30 Minuten oder mehr für die einfache Wegstrecke, so waren es 2012 schon 25,9 %.

Dabei sind die Ursachen für diese Entwicklung vielfältig. So ist beispielsweise in Partnerschaften mit Doppelverdienern oftmals niemand bereit, umzuziehen. In diesen Fällen führt dies dazu, dass gerade hier wesentlich häufiger gependelt wird als früher, betonte Dr. Rüger im Interview mit „RTL Aktuell". Doch das Pendeln hat auch Vorteile. So führt es häufig zu einem höheren Einkommen. Allerdings wird dieser bessere Verdienst meist damit erkauft, dass die eigene Lebenszufriedenheit sinkt, warnte er. Zudem könnten sich Folgen für Familie, Freizeit und Gesundheit ergeben.

Nicht zu unterschätzen sei deshalb der Befund, dass Beschäftigte, die im Tages- oder Wochentakt zur Arbeitsstelle pendeln, ein höheres Gesundheitsrisiko haben, sagte Dr. Rüger gegenüber der Hannoverschen „Neue Presse". So zeigten zahlreiche Studien, dass Fernpendler, die eine Wegstrecke von mindestens einer Stunde beziehungsweise 50 Kilometern zur Arbeitsstelle zurücklegen, ein höheres Risiko für einen schlechten gesundheitlichen Allgemeinzustand haben als Nichtpendler. Staus und Zugverspätungen sowie der chronische Zeitmangel führten dazu, dass die Zeit zur Regeneration oftmals fehlt, betonte er. So können unerwartete Ereignisse auf der Strecke aufgrund des Kontrollverlusts Stressspitzen hervorrufen, die letztlich in einem schlechten Gesundheitszustand resultieren können. Ergebnisse der 2007 durchgeführten europäischen Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe" bestätigen erhöhte Gesundheitsrisiken für Fernpendler im Vergleich zu den Nichtpendlern. Vergleichsweise wenige negative Folgen scheint das Pendeln hingegen für die Qualität von Partnerschaften zu haben. Dr. Rüger wies darauf hin, dass Beziehungen sogar profitieren können, weil man in der gewohnten Umgebung bleibt. Allerdings kann der Zeitmangel eine nachteilige Rolle spielen. Das Wochenendpendeln wird oft negativ gesehen. Dies würde aber durch die intensiver wahrgenommene Zeit mit dem Partner wieder ausgeglichen.

Mehr Informationen zum Thema

http:// http://www.bib-demografie.de/DE/Aktuelles/Presse/Archiv/2016/2016_02_gdm_laengere_pendelzeiten.html

Bernhard Gückel, BiB

Literatur von BiB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern

Linda Lux, Sabine Diabaté:
„Nur der erste Schritt …" – Wie Akzeptanz und Nachfrage die Kinderbetreuungsinfrastruktur beeinflussen".
In: Neue Zeitschrift für Familienrecht 5 (3): 215-219

Junge Eltern stehen in Deutschland vor großen Herausforderungen, wenn sie ihren Job mit ihrem Familienleben vereinbaren wollen. Obwohl die Familienpolitik dies erkannt hat und seit geraumer Zeit mit vielerlei Maßnahmen auf die Probleme vieler Familien reagiert hat, erscheint Elternschaft nach wie vor als eine schwer zu bewältigende (Lebens-)Aufgabe, die als verantwortungsvoll und voraussetzungsreich angesehen wird. Neben strukturellen Problemen bei der Vereinabrung von Beruf und Familie spielt hier vor allem auch das Leitbild der gesellschaftlich stark verankerten verantworteten Elternschaft eine große Rolle. Der Beitrag betrachtet nicht

nur die derzeitige Ist-Situation der Betreuungslage in Deutschland, sondern sucht auf der Basis der BiB-Studie zu Familienleitbildern in Deutschland auch nach Erklärungen für unterschiedliche Einstellungen etwa zur Kinderbetreuung in Ost- und Westdeutschland. Darüber hinaus werden weitere Schritte vorgestellt, die die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verringern helfen. Diese Vorschläge sollten dazu beitragen, dass letztlich alle Betroffenen eine echte Wahlfreiheit haben, wie sie ihr Berufs- und Familienleben gestalten möchten. Dazu soll vermieden werden, dass sie dabei durch äußere Restriktionen darin eingeengt werden.

Andreas Ette, Frank Swiaczny (2016):
„Migration von Flüchtlingen. Aktuelle Entwicklungen im historischen und internationalen Vergleich."
In: Geographische Rundschau 4: 48-57

Im Jahr 2015 haben Schutzsuchende in Deutschland rund 480.000 Asylanträge gestellt. Damit gehört das Land zu einem der weltweit wichtigsten Zielländer im Migrationsgeschehen.

Die Folgen für die demografischen Strukturen sowie die Konsequenzen für Alterung und Arbeitsmarkt in Deutschland und im internationalen Vergleich sind Thema des Beitrags. Dabei wird vor allem betont, dass es künftig verstärkt darum gehen muss, die Frage der Integration der Flüchtlinge in den Mittelpunkt zu stellen. Denn eine erfolgreiche Integration hat nicht zuletzt einen positiven Effekt für das Erwerbspersonenpotenzial.

Kerstin Ruckdeschel, Lenore Sauer, Robert Naderi (2016):
„Reliability of retrospective event histories within the German Generations and Gender Survey (GGS): The role of interviewer and survey design factors."
In: Demographic Research 34 (11): 321-358

Der Generations and Gender Survey (GGS) bildet die Basis für vielfältige Analysen demografischer Themen. Bei der Arbeit mit den Daten des deutschen GGS wurden allerdings Probleme bei Teilen der retrospektiven Fertilitäts- und Partnerschaftsdaten erkannt, für die es bisher keine befriedigende Erklärung gab. In dem Artikel wird daher untersucht, ob und unter welchen Bedingungen die Komplexität des Fragenkatalogs sowie die Interviewsituation zu Verzerrrungen der Daten führen kann.

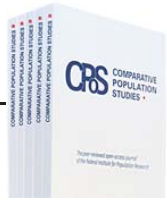
Die Resultate weisen unter anderem auf einen Zusammenhang zwischen den Verzerrungen und der Situation der Interviewer bzw. der Interviewten hin. So wurden beispielsweise neben anderen Faktoren Hinweise für Lerneffekte bei den Interviewern, aber auch den Befragten, gefunden, die zu einer Verkürzung der umfangreichen und detaillierten retrospektiven Fragen im Bereich Fertilität und Partnerschaftsbiographien geführt haben.

Bernhard Gückel, BiB

Online verfügbar unter

http://www.demographic-research.org/volumes/vol34/11/34-11.pdf

Comparative Population Studies – News



Neuer Beitrag online verfügbar

Maria Castiglioni, Mihaela Hărăguş, Cristina Faludi, Paul Teodor Hărăguş:
Is the Family System in Romania Similar to those of Southern European Countries?

Gibt es Ähnlichkeiten zwischen dem Familiensystem in Rumänien und den südeuropäischen Ländern? In dem Beitrag wird unter anderem untersucht, ob das Familiensystem Rumäniens als stark bezeichnet werden kann. Die Analysen offenbaren eine Reihe von Übereinstimmungen

zwischen Rumänien und südeuropäischen Ländern vor allem in Bezug auf starke Familienbeziehungen, die Einstellungen zur Unterstützung innerhalb der Familie und die intergenerationale Hilfe. Unterschiede können in erster Linie erklärt werden durch die ökonomische Krise in Rumänien und deren Auswirkungen auch auf die Familien. Insgesamt ist offensichtlich, dass die Bedeutung von Bindungen innerhalb der Familie nach dem Ende des sozialistischen Systems zugenommen hat.

Der Artikel online unter

http://www.comparativepopulationstudies.de

Übersetzung: Bernhard Gückel, BiB

Vorträge

Dr. Detlev Lück: Familienleitbilder als neuer Forschungsansatz in der Familiensoziologie

Auf Einladung des Staatsinstituts für Familienforschung (ifb) in Bamberg stellte **Dr. Detlev Lück** am 15. März 2016 im dortigen Forschungskolloquium das Projekt Familienleitbilder vor. Ähnlich wie die Familienforscher am BiB waren auch die Kollegen in Bamberg der Auffassung, dass bisherige theoretische und methodische Ansätze an Grenzen stoßen und dass es einen Bedarf für neue Forschungsansätze gebe. Als eine Antwort auf diesen Bedarf präsentierte Dr. Lück das theoretische Konzept des (Familien-)Leitbildes sowie seine methodische Umsetzung in der Panelstudie „Familienleitbilder (FLB 2012, 2016)“ und in der qualitativen Begleitstudie „Familie in Bildern (FiB)“.

Ausgehend von der Vermutung, dass es kulturell-normative Vorstellungen gibt, die das familiale und generative Verhalten in erheblicher Weise mitbeeinflussen und die durch die Sozialisation erworben und weitervererbt werden, ist das Leitbild-Konzept als komplementäre Ergänzung zu existierenden ökonomischen Handlungsmodellen (z.B. rational choice) gedacht, so Dr. Lück. Die bisherige Verwendung des Begriffs Leitbild in der Familiensoziologie ist gekennzeichnet durch eine fehlende Definition bzw. Erklärung, was unter einem Leitbild zu verstehen ist. Dieses Defizit wird durch den gewählten Ansatz am BiB behoben, in dem klar definiert wird, was Leitbilder im Zusammenhang mit dem generativen und familialen Verhalten bedeuten und wie sie es letztlich steuern.

Neben vorstellbaren Anwendungsbezügen in der Familienforschung stellte Dr. Lück die Grundzüge sowie die Operationalisierung der quantitativen BiB-Studie zu Familienleitbildern vor. Um internationale Vergleiche vornehmen zu können, bemüht sich das BiB, Partner in anderen Ländern zu finden. So wurde bereits in Frankreich eine Vergleichsstudie durchgeführt. Ähnliches wird aktuell in Ungarn vorbereitet. Zudem sondieren Wissenschaftler in Japan derzeit, inwieweit eine Vergleichsstudie dort durchführbar ist. Der Vortrag stieß bei den Bamberger Familienforschern auf großes Interesse und rege Diskussion.

Frank Micheel: Demografischer Wandel und die Folgen für soziale Sicherung und die Arbeitswelt

Welche Auswirkungen haben demografische Trends wie die Alterung sowie der Rückgang der Bevölkerung auf die Sozialversicherungssysteme und die Arbeitswelt in Deutschland? Wie lassen sich die Veränderungen einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft politisch und in den Betrieben gestalten? Diese Fragen standen unter anderem im Fokus des Vortrags von **Frank Micheel** im Rahmen des Grundkurses Sozialmedizin/Rehabilitationswesen der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg e.V. am 29. Februar 2016 in Bad Mergentheim. Er skizzierte zunächst die wesentlichen Veränderungen bei den Komponenten der Bevölkerungsentwicklung und betonte insbesondere die Folgen der demografischen Alterung und der rückläufigen Bevölkerungszahl für die Arbeitswelt. In diesem Bereich machten sich die Auswirkungen vor allem durch ein allgemein schrumpfendes Arbeitsangebot und ein steigendes Durchschnittsalter der Belegschaften bemerkbar. Somit müssten die Potenziale der heute „Mittelalten“ langfristig gesichert werden und eine generationenfreundliche Arbeitswelt geschafften werden, die veränderten Altersbildern Rechnung trägt, so Micheel.

Projektgruppe der Nationalen Kohorte bei der Tagung der PAA 2016 in Washington

Die Projektgruppe des Mortalitäts-Follow-Up der NAKO Gesundheitsstudie hat an der diesjährigen Jahrestagung der Population Association of America vom 31. März bis 2. April 2016 in Washington teilgenommen.

Dabei hat **Dr. Ronny Westerman** den Vorsitz der regulären Session zum Thema: „Population Perspectives on Cognitive Function and Mental Health" übernommen. In dieser Session wurden unter anderem der Einfluss von Einkommen auf die kognitiven Veränderungen im Lebenslauf sowie das Lifetime-Risk für Demenz besprochen.

Das Projektteam des Mortalitäts-Follow-Up hat mit einem Poster die Unterschiede in der post-reproduktiven Lebensspanne von Eheleuten und Geschwistern aus einer historischen Hochstatusgruppe vorgestellt. Herr Dr. Westerman hielt darüber hinaus im Rahmen des NIA-sponsored Biomarker Network-Meetings einen Vortrag über die „Bildgebende Identifikation der arteriellen Versteifung als neuen Biomarker für populationsbasierte biomedizinische Untersuchungen". Darin wurde ein Bezug zu den Möglichkeiten der MRT-Untersuchungen der NAKO-Gesundheitsstudie hergestellt.

Dr. Evelyn Grünheid: Bevölkerungsentwicklung und Wohnmobilität

Beim Informationstag Umzugslogistik am 5. April 2016 des Gesamtverbands Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V. in Mettmann untersuchte **Dr. Evelyn Grünheid** regionale Folgen des demografischen Wandels in Deutschland. Dabei richtete sie den Blick neben der Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung vor allem auf das Wanderungs- und Mobilitätsgeschehen, das zunehmend an Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung gewinnt. Sie zeigte, dass die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen die im Binnenwanderungsgeschehen aktivste Altersgruppe ist. Das Hauptmotiv dieser sogenannten Bildungswanderungen ist hier die Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz, bei der darauf folgenden Gruppe der 25- bis 30-Jährigen liegt das Leitmotiv ihrer Wanderungen hingegen vor allem in der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Die Migrationsströme im Bereich der Familienwanderungen haben auf regionaler Ebene zwischen 1995-1999 und 2009 bis 2013 deutlich abgenommen. Dies wird durch die sinkende absolute Zahl der Zu- und Fortzüge in den betroffenen Altersgruppen der unter 18- und 30- bis 50-Jährigen bestätigt, analysierte Frau Dr. Grünheid. Dies lässt sich auch bei den Wanderungen im Ruhestandsalter beobachten: So ist auch in der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren das Niveau der Zu- und Fortzüge im Zeitraum 2009 bis 2013 gegenüber 1995 bis 1999 deutlich zurückgegangen.

Als Alternative für einen dauerhaften Umzug hat sich in den letzten Jahren zunehmend das berufsbedingte Pendeln gezeigt, wobei sich der Anteil der Pendler an den Beschäftigten kaum verändert hat. Allerdings ist der zeitliche Aufwand, den die Pendler in Kauf nehmen mussten, weiter angestiegen.

Insgesamt haben die aufgezeigten Veränderungen bei den Wanderungsbewegungen einen wesentlichen Einfluss auf den regional sehr unterschiedlichen Verlauf des demografischen Wandels in Deutschland, betonte Frau Dr. Grünheid.

Treffen zur Demografiepolitik in Togo und Deutschland

Frank Swiaczny hat beim Fachtreffen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zur „Bevölkerungsentwicklung in der nationalen Politikplanung: Statistiksysteme und Demografie-Politik in Togo und Deutschland" am 15. Februar 2016 in Bonn teilgenommen. In einem Vortrag skizzierte er die Arbeit und die Aufgaben des BiB.

Bernhard Gückel, BiB

Lehrveranstaltungen

Innerhalb des Moduls „Prevention in Medicine and Public Health" des Studiengangs „Master of Science in Epidemiology (MSE)" am Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik (IMBEI) an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz wurde von **Dr. Heiko Rüger** im Februar 2016 die

Lehrveranstaltung „Social Medicine – Aspects from Debt and Poverty“ gehalten. Vermittelt wurden Grundzüge des Fachs Sozialmedizin, wobei insbesondere die gesundheitliche Teilhabe der von Überschuldung betroffenen Bevölkerung thematisiert wurde.

Personalien

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BiB

Seit dem 01. März 2016 verstärkt Herr **Dr. Bernhard Köppen** die Forschungsgruppe Demografischer Wandel und Weltbevölkerung als Wissenschaftlicher Mitarbeiter. Vor seinem Wechsel an das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung war er wissenschaftlicher Projektkoordinator und Chargé de Recherche am Centre d‘études de populations, de pauvreté et de politiques socio-économiques/Luxembourg Institute of Socio-Economic Research in Esch-sur-Alzette (Luxemburg). Er ist Diplom-Geograph (Otto-Friedrich-Universität Bamberg), erwarb eine Maitrîse Géographie (Institut de Géographie Alpine, Grenoble), arbeitete nach seinem Studium als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an Technischen Universität Chemnitz (dort Promotion) und war Stiftungsjuniorprofessor für Demografieforschung und Anthropogeografie an der Universität Koblenz-Landau, wo er 2014 zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde.

Ebenfalls seit März 2016 arbeitet Herr **Dr. Simon Pfaff** als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am BiB und unterstützt den Forschungsbereich 2 „Migration und Mobilität“. Er hat an der Universität Mannheim Soziologie, Germanistik sowie Medien- und Kommunikationswissenschaft studiert. Im Anschluss war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie des Karlsruher Instituts für Technologie beschäftigt und promovierte dort zum Thema „Pendeln oder umziehen? Ursachen und Folgen berufsbedingter räumlicher Mobilität in Deutschland“. Anschließend arbeitete er am Zentrum für empirische Forschung der Dualen Hochschule Stuttgart.

Seit dem 01.04.2016 unterstützt **Jutta Audy** die Forschungsgruppe Mortalitäts-Follow-Up der Nationalen Kohorte als Projektadministratorin. Frau Audy ist gelernte Bankkauffrau und Kulturanthropologin. Nach ihrem Studium arbeitete sie zwei Jahre für die Deutsche Börse AG, zuerst in der Projektmanagement-Assistenz des Marketing und danach im Backoffice bei Clearstream Banking AG.

Außerdem sammelte sie journalistische und organisatorische Erfahrungen in den Redaktionen des ZDF, RPR1 und der STUZ sowie der Filmproduktion Kelvinfilm.

Veranstaltungen

European Population Conference 2016 in Mainz: Teilnehmerregistrierung jetzt geöffnet

Anmeldungen für die diesjährige European Population Conference (EPC) vom 31. August bis 3. September 2016 in Mainz sind ab sofort online möglich. Die größte europäische Fachkonferenz für Bevölkerungsforschung findet unter Federführung des BiB zum ersten Mal in Deutschland statt.

Es werden rund 1.000 Teilnehmer aus ganz Europa und Übersee erwartet. Zu dem wissenschaftlichen Programm gehören weit über 500 Fachvorträge und 300 Poster, die gezeigt werden. Ein Schwerpunkt wird sich dem Thema „Demografischer Wandel und politische Implikationen“ widmen. Teilnehmer, die sich bis zum 30. April 2016 anmelden, profitieren von dem günstigen Frühbuchertarif.

Anmeldung zur EPC online unter

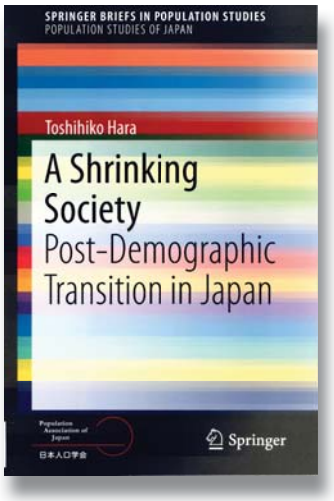
http://www.epc2016.de/registration-and-fees/

Buch im Blickpunkt

Toshihiko Hara: A Shrinking Society. Post-Demographic Transition in Japan.

Kein Land auf der Welt altert und schrumpft derzeit so rapide wie Japan. Seit 2008 hat ein Bevölkerungsrückgang eingesetzt, verbunden mit einer raschen Zunahme des Anteils Älterer, einem niedrigen Fertilitätsniveau und einer konstanten Abwanderung von Menschen im erwerbsfähigen Alter. Der Band untersucht deshalb die demografischen Prozesse in einer schrumpfenden Gesellschaft und analysiert die politischen Maßnahmen und Implikationen zur Bewältigung der Herausforderungen dieses rasant voranschreitenden demografischen Wandels in Japan.

Eingeleitet wird der Band zunächst mit einem Blick auf die demografischen Folgen der großen Naturkatastrophe in Ostjapan im Jahr 2011, als ein Erdbeben mit nachfolgendem Tsunami ganze Landstriche verwüstete und einen Atomunfall in Fukushima auslöste. Die Folgen dieses Desasters werden die demografische Entwicklung des Landes künftig zusätzlich beschäftigen. So weisen die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung für mehrere von der Naturkatastrophe betroffene Präfekturen, die in Kapitel 1 vorgestellt werden, auf einen mehr oder weniger deutlichen künftigen Bevölkerungsrückgang in den kommenden Jahrzehnten hin. Ein Vergleich früherer und neuerer Prognosen zeigt allerdings, dass die demografischen Auswirkungen in den untersuchten Gebieten begrenzt bleiben werden. Es wird darauf hingewiesen, dass der Entvölkerungs- und Alterungsprozess in den ostjapanischen Gebieten bereits vor dem Unglück eingesetzt hatte.



Das Buch:
Toshihiko Hara:
A Shrinking Society. Post-Demografic Transition in Japan.(Springer Briefs in Population Studies. Population Studies of Japan)
Springer Verlag 2015
ISSN 2211-3215
ISBN 978-4-431-54809-6
ISBN 978-4-431-54810-2 (eBook)

Die japanische Bevölkerung schrumpft weiter rasant

Kapitel 2 widmet sich zum einen der demografischen Entwicklung Japans aus historischer Perspektive und richtet zum anderen auch den Blick in die Zukunft. Nach dem Bevölkerungszensus 2010 lebten in Japan über 128 Millionen Menschen. Der bereits seit mehreren Dekaden anhaltende Bevölkerungsrückgang wird sich künftig weiter fortsetzen. Diese Entwicklung geht einher mit einer weiter steigenden Lebenserwartung und einem kontinuierlichen Fertilitätsniveau unter dem Reproduktionslevel. Der Anteil der Jungen unter 15 Jahren an der Bevölkerung ist zwischen 1950 und 2010 von 35,4 auf 13,1 % zurückgegangen, während zugleich der Anteil der Älteren ab 65 Jahren im gleichen Zeitraum von 4,9 auf 23,0 % angestiegen ist und den Prognosen zufolge bis 2060 weiter anwachsen wird. Kritisch wird die demografische Lage künftig insbesondere für die Regionen gesehen, in denen vor allem die jungen Menschen abwandern und bereits von schrumpfenden Regionen ausgegangen wird. Es bleibt auf jeden Fall festzuhalten, dass die schon seit geraumer Zeit feststellbaren Phänomene der Alterung und des Fertilitätsrückgangs die Altersstruktur der japanischen Gesellschaft drastisch verändert haben und weiter verändern werden.

Die Frage nach den Versorgungskosten einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft

Wie verhält es sich nun angesichts dieser Lage mit den Versorgungskosten, wenn immer weniger Junge immer mehr Älterere versorgen sollen? Diese Frage steht im Fokus von Kapitel 3, das unter anderem den historischen Wandel der optimalen Versorgungskostenverteilung bei Kindern und Älteren im Zuge der demografischen Veränderungen beschreibt. Dabei zeigt sich, dass vor allem die gestiegene Lebenserwartung und damit die rückläufige Mortalität der Frauen im 20. Jahrhundert als Hauptgrund für die beschleunigte Zunahme der Versorgungskosten der Älteren betrachtet werden muss, während die Kosten für Kinder infolge einer rückläufigen Fertilität stagnieren.

Die TFR schrumpft: wieso?

Mit der Suche nach Erklärungen für den rasanten Geburtenrückgang beschäftigt sich Kapitel 4. So liefert ein Blick auf den Verlauf der durchschnittlichen Zahl geborener Kinder von Frauen nach Geburtskohorten die Erkenntnis, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (während der 1950er Jahre) ein erster Geburtenrückgang einsetzte; ein zweiter Rückgang folgte dann zwischen 1975 und 2005. Verantwortlich hierfür waren vor allem Veränderungen im Reproduktionsverhalten. Warum sich das Verhalten geändert hat, scheint nach Ansicht des Autors in erster Linie im Ungleichgewicht des Kosten-Nutzen-Verhältnisses beim Kinderhaben zu liegen, das für japanische Frauen wenig attraktiv zu sein scheint. Solange diese Balance für die Frauen im negativen Bereich liegt, ist eine Rückkehr zum Fertilitätsniveau auf Reproduktionsniveau undenkbar, lautet seine Prognose.

Nachhaltigkeit in einer schrumpfenden Gesellschaft

Es wird in dem Band mehrfach darauf hingewiesen, dass sich Japan in einer sogenannten „post-demografischen Phase“ befindet. Darunter wird eine anhaltende Periode des Bevölkerungsrückgangs unter den Bedingungen steigender Lebenserwartung und einem niedrigen Fertilitätsniveau verstanden. Welche Folgen diese Entwicklung hat, beleuchtet Kapitel 5 unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit der nationalen Finanzen sowie der sozialen Sicherungssysteme. Angesichts einer steigenden Staatsverschuldung plädiert der Autor in der Ökonomie für eine Stärkung einer Umverteilungspolitik, um so die Nachfrage zu steigern und zugleich Ungleichheiten in der Einkommensverteilung zu verkleinern. Er weist zudem darauf hin, dass die sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der festgestellten demografischen Trends in keiner Weise zukunftsfest und nachhaltig ausgerichtet sind. Um dies zu erreichen bedarf es vor allem einer Neuausrichtung und Anpassung der Versorgungssysteme für die Älteren, basierend auf Ideen, die den in Deutschland seit 2003 durchgeführten Sozialstaatsreformen ähneln.

Was kann die Politik in Japan beitragen?

Mit welchen politischen Maßnahmen kann die japanische Politik die skizzierten demografischen Trends beeinflussen? Was muss das Land im Hinblick auf Reformen tun? Diese Fragen werden in Kapitel 6 und im Schlusskapitel 7 diskutiert. Demnach sollte die Regierung an erster Stelle eine klare Botschaft aussenden, dass die Anhebung der Fertilität auf das Reproduktionsniveau ein politisches Ziel darstellt, das angestrebt wird. Dazu nennt der Autor weitere Felder wie beispielsweise die Stärkung der Geschlechtergleichheit, eine verbesserte Kinderbetreuung sowie die Möglichkeit zu einer kinderfreundlichen Planung der beruflichen Karriere. Ein Problem stellt die Diskussion um Zuwanderung dar. So fehlt in der japanischen Gesellschaft weitgehend die Akzeptanz für erweiterte Zuwanderung als Beitrag zur Lösung der demografischen Probleme. Allerdings wird sich die japanische Gesellschaft im Zuge erfolgreicher Globalisierungsprozesse mehr öffnen müssen – nicht nur ökonomisch, sondern auch im Hinblick auf die Akzeptanz anderer Kulturen. Im eigenen Interesse muss das Land daran interessiert sein, mehr Zuwanderer anzuziehen und so seine Zukunft zu sichern.

Bernhard Gückel, BiB

Kurz vorgestellt

Neue Ausgabe der „Zeitschrift für Familienforschung“
Heft 1/2016 ist erschienen und enthält folgende Beiträge:

Jette Schröder, Claudia Schmiedeberg & Josef Brüderl
Beyond the two-child family: Factors affecting second and third birth rates in Germany

Der Beitrag untersucht auf der Basis von Retrospektivdaten des DJI Familiensurvey 2000 die Einflussfaktoren auf den Übergang vom zweiten zum dritten Kind für westdeutsche Frauen der Geburtskohorten 1944-1979 und stellen sie denen des Übergangs vom ersten zum zweiten Kind gegenüber.

Katharina Lutz
Der kurvige Weg zurück in den Arbeitsmarkt. Erwerbsunterbrechungen und Berufswechsel von Müttern nach der Geburt ihres ersten Kindes

Die Erwerbsverläufe von Frauen sind in Deutschland weiter stark durch familiäre Unterbrechungen geprägt. Der Artikel betrachtet zwei Aspekte des mütterlichen Erwerbsverlaufs nach der Geburt des ersten Kindes: die Dauer bis zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt und berufliche Wechsel, und zwar in Abhängigkeit vom vor der Geburt ausgeübten Beruf.

Helene Dearing

Designing gender-equalizing parental leave schemes – What can we learn from recent empirical evidence from Europe?

Die Autorin erarbeitet eine systematische Literaturanalyse jener empirisch-quantitativen Literatur, die sich mit dem Einfluss von Elternzeit auf eine ausgeglichene Arbeitsaufteilung zwischen Frauen und Männern beschäftigt.

Henrik Pruisken, Katrin Golsch & Martin Diewald

Berufliche Aspirationen von Jugendlichen als Ergebnis geschlechtsspezifischer elterlicher Ungleichbehandlung

Mit Blick auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten innerhalb von Familien wird der Einfluss von unterstützendem Erziehungsverhalten auf den sozio-ökonomischen Status des angestrebten Berufs von Jugendlichen untersucht. Ausgehend von Theorien und Erkenntnissen geschlechtsspezifischer Sozialisationsforschung wird geprüft, ob sich der Einfluss der unterstützenden Erziehung in den vier geschlechtsspezifischen Eltern-Kind-Dyaden unterscheidet und wie sich eine Ungleichbehandlung von Geschwistern durch die Eltern auswirkt. Als Datengrundlage werden die Jugend-Daten des Sozio-oekonomischen Panels (2001-2013) genutzt.

Kristin Wüst

Ich bin glücklicher, wenn ihr mir helft, selbst Entscheidungen zu treffen – Zufriedenheit und Zukunftserwartungen von Siebzehnjährigen (2006-2013)

Unter Verwendung des repräsentativen SOEP-Panels (DIW Berlin) wird ein Strukturgleichungsmodell zur Erklärung der Bedingungsfaktoren für die aktuelle Zufriedenheit und die Zukunftsperspektive für Jugendliche, die in den Jahren 2006 bis 2013 siebzehn Jahre alt waren, geschätzt. Die befragten Jugendlichen geben insgesamt eine hohe Zufriedenheit an und schätzen ihre beruflichen Zukunftsaussichten als relativ gut ein.

Forum

Anette Eva Fasang, Johannes Huinink & Matthias Pollmann-Schult

Aktuelle Entwicklungen in der deutschen Familiensoziologie: Theorien, Daten, Methoden

Der Beitrag resümiert den Diskussions- und Forschungsstand zu aktuellen Fragen in der deutschen Familiensoziologie unter Bezugnahme auf die internationale Literatur.

Impressum

Bevölkerungsforschung Aktuell

Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 2/2016 – 37. Jahrgang
Schriftleitung: Dr. Evelyn Grünheid
Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 75 22 35
E-Mail: post@bib.bund.de
Internet: www.bib-demografie.de
ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0220165
„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de).
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 2/2016 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.